Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Haden & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 8.00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Inseratenpreis: die 7 gespaltene Nonpareillezeile 50 Pf., darauf 40 Prozent Teuerungszuschlag, bei Familienanzeigen die Zeile 60 Pf. (ohne Zuschlag). Inserate sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefeinbringung 20 Pf.

Nr. 162. | Dresden, Donnerstag den 17. Juli 1919. | 30. Jahrg.

Eine Kraftprobe des pommerschen Landbundes.

Aus landwirtschaftlichen Kreisen Vorpommerns wird dem Vorwärts am Vorabend der Streikbewegung in Pommern geschrieben:

Eine Kraftprobe! Kein Zweifel! Als nach dreitägiger Arbeit im Ratssaale in Stralsund die Tarifverhandlungen zwischen den Vertretern der Landarbeiterschaft und denen des Pommerschen Landbundes gescheitert waren, da hat mit Recht Genosse Goebel als Führer der Landarbeiterschaft den Agrariern ins Gesicht gesagt, daß es für sie sich nur um eine Kraftprobe handle.

Wie war die Vorgeschichte? Als vielerorten in Deutschland die Tarifverhandlungen in der Landwirtschaft im vollen Gange, ja, zum Teil schon abgeschlossen waren, trat in Pommern der Landbund auf. Besonders charakteristisch war sein erstes Auftreten in jenem Kreise, dessen politisches Leben seit 20 Jahren in Pommern besonders beachtlich, ja, in gewisser Beziehung richtunggebend ist, im Kreise Grimmen. Hier wurde der Landbund begründet in der zweiten Hälfte des März. Nach unwidersprochenem Bericht des Grimmer Kreisblatts vom 20. März hat der Leiter des Bundes, Herr v. Bonin-Gülzow, in der Begründungsversammlung ausdrücklich erklärt, die Landwirtschaft (das heißt die Groß-Agrarier) will „Herr im eignen Hause bleiben", man wünsche keinen Tarif, schon am 7. März habe der landwirtschaftliche Verein in Grimmen die Bildung eines Arbeitgeberausschusses abgelehnt, zu deutsch: man wolle den Tarif verhindern, indem man verhinderte, die notwendige Stelle zu schaffen, ohne die ein Tarif nicht zustande kommen kann.

Das war der Auftakt! Und als man sich schließlich doch am 2. Juli in Stralsund zusammenfand, um für den Regierungsbezirk den Tarif zu beraten, da hatte der Landbund freilich auch einige Arbeiter mitgebracht, die auf der rechten Seite saßen. Gegenüber, auf der linken, die Führer des Deutschen Landarbeiterverbandes aus den verschiedensten Kreisen. Man tagte am 2. Juli von morgens 9 Uhr bis abends 11½ Uhr mit anderthalbstündiger Pause, am 3. Juli von früh 9 Uhr bis mittags um 2½ Uhr. Dann hatte man einen bis ins einzelne gehenden Tarif beraten, ohne daß die Vertreter der Arbeiterschaft ahnten und ahnen konnten, daß diese ganzen Verhandlungen seitens der Arbeitgeber unverbindlich waren. Man war auf seiten der Arbeiterschaft überzeugt, daß nur noch die Festlegung einiger allgemeiner Grundsätze, die freilich auch wesentlich genug sind, die Weiterberatung am 9. Juli erübrigte, um dann dem Bezirk verkünden zu können, daß der Friede geschlossen sei. Es sollte anders kommen. Unverzüglich rief man die Landbundgruppen der Kreise zusammen, und es ist bezeichnend genug, daß z. B. im Kreise Greifswald nur die Arbeitgeber nach Züssow berufen wurden, dazu auch diejenigen Arbeitgeber, die nicht im Landbunde sind. Hier zeigte sich mit aller Klarheit, welche Geltung und welchen Einfluß derjenige Teil der pommerschen Landarbeiterschaft genießt, der sich — es sind ihrer recht wenige — verleiten ließ, sich dem pommerschen Landbunde anzuschließen.

Als man nun am 9. Juli in Stralsund wieder zusammentraf, da war dem Kundigen auf dem ersten Blick klar, daß ein Umschwung stattgefunden hatte. Es waren zum großen Teil ganz andre Persönlichkeiten zur Vertretung der Arbeitgeber erschienen. Die Tonart, die von Anfang an angeschlagen wurde, war eine andre geworden. Nicht nur, daß der beratene Lohntarif recht erheblich herabgesetzt worden war, auch in wesentlichen Einzelheiten, die von der größten Bedeutung für Ruhe und Ordnung und für ein friedliches Arbeitsverhältnis sind, trat die glatte Ablehnung aller Arbeiterforderungen zutage. Man bestand nun wieder auf dem elfstündigen Arbeitstag. Bei der Fortsetzung der Entlohnung für beschränkt leistungsfähige Arbeiter wurde das Schlichtungsverfahren mit allen Mitteln abgelehnt. So ging es weiter im Kampf gegen den Gedanken des Schlichtungsverfahrens und gegen die örtlichen Arbeiterausschüsse, die trotz ausdrücklicher Weisung des Ministers des Innern an die Landräte noch heute in Vorpommern so gut wie nirgends vorhanden sind, so daß der erste Unterbau des Selbstbestimmungsrechts der Arbeiterschaft mit allen Mitteln verhindert wird durch das Herrentum im eigenen Hause.

Nach außen hin wird natürlich der Landbund versuchen, sich zu rechtfertigen, damit er wenigstens einen Teil der öffentlichen Meinung für sich hat. Er wird insbesondre den elfstündigen Arbeitstag für diesen Zweck ausspielen. Hoffentlich verschweigt er dabei nicht, daß die Vertreter der Landarbeiter, darunter insbesondre sämtliche in festem Lohn und Brot stehenden Landarbeiter, wiederholt und auf das entschiedenste erklärten, daß sie 13 Stunden arbeiten wollen in der Ernte, wenn es erforderlich und wenn es genügend bezahlt wird. Ja, man hat schließlich was zweifellos nicht unbedingt notwendig wäre, die Bestimmungen darüber, ob im Einzelfalle Ueberstunden gemacht werden sollen, vertraglich dem Betriebsleiter in die Hand gegeben. Mehr konnte die Arbeiterschaft nicht bieten, aber — tut nichts — wie sagte Herr von Bonin: „Wir wollen Herren im eigenen Hause bleiben."

Und das ist natürlich der springende Punkt! Gewiß, einen Tarif, den mögen sie am Ende eingehen, die Herren Agrarier, vorausgesetzt, daß er ihnen paßt und daß ihr Wille im ganzen und im einzelnen unbedingt durchdringt. Das alte Mißtrauen gegen den Kittel des Arbeiters, der alte Herrenstandpunkt, durch nichts erschüttert, besteht nach wie vor. Sein Wille geschehe, nur sein Wille, und im Hintergrunde doch wohl die Aussicht und Hoffnung, daß der Deutsche Landarbeiterverband in seinem gewaltigen Anschwellen in Vorpommern eingedämmt, ja, daß er zerschlagen werden würde, wenn seine Vertreter mit leeren Händen vor die Arbeiter hintreten müssen, wir haben von euren langjährigen berechtigten Wünschen, wir haben von den Erfordernissen dieser Tage für euch zu erreichen nichts vermocht!

Die Kampfansage des pommerschen Landbundes ist da. Mag jedenfalls die Bevölkerung in Stadt und Land der sicheren Ueberzeugung sein und bleiben, daß die Führer der Arbeiterschaft mit vollster Ruhe, mit klarem Blick für die Gesamtheit der Verhältnisse den Tatsachen gegenüberstehen, und daß sie im Kampf gegen die Agrarier, gegen den Landbund, nichts weiter und nichts anderes im Auge behalten werden, als die gewissenhafte Wahrung der ihnen anvertrauten berechtigten Interessen im Rahmen der Interessen der Allgemeinheit.

•

Generalstreik in Stettin.

Stettin, 16. Juli. Das Gewerkschaftskartell, der Wahlverein der S. P. D. und die Parteivereine der U. S. P. D. rufen zum Generalstreik auf, bis folgende Forderungen erfüllt sind: 1. Aufhebung des Belagerungszustands in Pommern. 2. Entlassung aller während des Belagerungszustands inhaftierten Gefangenen und Niederschlagung aller daraus resultierenden Strafverfolgungen. 3. Abberufung des Generals von Oven. 4. Anerkennung der Arbeiterräte. Ohne deren Zustimmung können militärische Maßnahmen gegen die Zivilbevölkerung nicht getroffen werden. — Infolge dieser Aufforderung sind heute früh die Arbeiter aller hiesigen Betriebe in den Ausstand getreten. Die Straßenbahnen verkehren nicht. Das Gaswerk, Wasserwerk und das Elektrizitätswerk sind geschlossen. Es wird mit der Möglichkeit eines Bürgerstreiks zur Abwehr des Generalstreiks gerechnet.

Für diese Verschärfung der Lage wird der Belagerungszustand verantwortlich gemacht, den General v. Oven zur Unterstützung der zum Streik provozierenden Agrarier, ohne daß für diese schwerwiegende Maßnahme die Zustimmung des Reichswehrministers und des Landwirtschaftsministers eingeholt worden ist, verhängt hat.

Berlin, 16. Juli. Die preußische Regierung hat soeben beschlossen, die Unterstaatssekretäre Dr. Meyer vom Ministerium des Innern und Krecziński vom Kriegsministerium über Stettin nach Stralsund als Kommissare mit weitgehenden Vollmachten zu senden, um an Ort und Stelle die Ursache des Landarbeiterstreiks zu prüfen und möglichst Abhilfe zu schaffen. Nach Prüfung der Verhältnisse sind die Kommissare in die Lage versetzt, den Belagerungszustand über Stralsund eventuell aufzuheben und den Arbeitszwang zu beseitigen.

Stettin, 17. Juli. Der erste Tag des Generalstreiks in Stettin ist verhältnismäßig ruhig verlaufen. In einer Versammlung der Eisenbahner von Stettin wurde beschlossen, sich dem Generalstreik anzuschließen. Es sollen nur einige Lebensmitteltransporte fortgeführt werden, dagegen soll der Güter- und Personenverkehr aufhören. Als Antwort auf den Generalstreik begann gestern in Stettin der Gegenstreik der Bürgerschaft. Auch in Greifswalde dürfte es heute zum Proteststreik gegen den Belagerungszustand kommen.

Stralsund, 16. Juli. Heute mittag 12 Uhr ist die Bürgerschaft in den Abwehrstreik eingetreten. Sämtliche Geschäfte und Bureaus wurden geschlossen.

Berlin, 16. Juli. Die Vos. Ztg. erfährt, daß das Reichswehrgruppenkommando I in Berlin an sämtliche unterstellte Generalkommandos und Reichswehrbrigaden den Befehl herausgegeben hat, der sie anweist, die arbeitswilligen Landarbeiter mit allen militärischen Kräften zu schützen und alle entbehrlichen Kräfte der Brigade für die Durchführung der Ernte und deren Hereinbringung zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig sind Anordnungen getroffen worden, um einer verhetzenden Agitation unter den Landarbeitern zu begegnen.

•

Beendigung des Bielefelder Streiks.

Bielefeld, 17. Juli. Der Streik der Drehbrunn- und Landarbeiter im Kreise Bielefeld ist gestern durch Vermittlung des Reichskommissars Severing beendet worden.

•

Eine offiziöse Darstellung der Streiklage.

Ueber die Streiks in der Landwirtschaft wird folgende halbamtliche Mitteilung verbreitet: Seit November ist, wie wir hören, im ganzen in 12 Kreisen und bei Ortschaften von 5000 bis 6000 Landarbeitern gestreikt worden. Politischer Hintergrund hatte der Streik im Kreise Danziger Höhe bei Karthaus, der ursprünglich einen Monat dauerte, aber jetzt beigelegt ist. Die übrigen Streiks dauerten nur wenige Wochen oder Tage. Zur Zeit streiken in Preußen höchstens 1500 Landarbeiter. Es besteht noch der Streik im Kreise Franzburg, Regierungsbezirk Stralsund. In Pommern hat der pommersche Landbund die auf gesetzlicher Grundlage errichteten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände abgelehnt und will eigene Schlichtungsausschüsse auf angeblich paritätischer Grundlage einsetzen. Nach der Ueberzeugung des Landwirtschaftsministers war die Verhängung des Belagerungszustandes über Pommern fehlerhaft, und er hat sich für seine Aufhebung eingesetzt. Die Industriearbeiter sind im allgemeinen überzeugt von der Notwendigkeit der restlosen Einbringung der Ernte. Zunächst ist die Ernte nicht gefährdet. Die Heuernte ist fast restlos geborgen. Tarifverträge auf gesetzmäßiger Grundlage, d. h. auf Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, haben überall ausgereicht, die Streiks zu beenden. Der Landwirtschaftsminister wird morgen in der Landesversammlung über die Lage sprechen.

Die zwei Welten.

Aus Weimar wird uns berichtet:

Das Bürgertum hat durch die Revolution auf manchen Gebieten noch immer so gut wie nichts gelernt — zwischen ihm und uns klafft, wenn wir auf Kulturfragen zu sprechen kommen, nach wie vor eine ganze Welt unüberbrückbarer Abgründe.

Im Laufe der weitergeführten Beratung am Mittwoch stand z. B. der sozialdemokratische Antrag zur Erörterung, daß die Abschaffung der Todesstrafe als Verfassungsgrundsatz aufgestellt werden solle, wie es nach der Feststellung des Genossen Dr. Einzheimer schon in der Verfassung von 1848 der Fall gewesen ist. Die besten Elemente des Bürgertums hatten wenigstens Sprecher, die in der Sache mit sich reden ließen, die Frage bloß nicht in der Verfassung, sondern im Strafrecht geregelt wissen wollen, während andre meinten, man solle ruhigere Zeiten abwarten und den Entscheid durch Volksabstimmung herbeiführen.

Dem deutschnationalen Dr. Kölitzsch, „unserm" Dresdner Oberpfarrer, Oberkonsistorialrat und Superintendent, blieb es vorbehalten, durch warme Verteidigung der Todesstrafe seinen Stand zu entwürdigen. Der Großinquisitor Torquemada hat kaum jemals blutdürstiger gegeifert als dieser Hüter des Evangeliums der Liebe. Hatte sein Fraktionskollege Dr. Düringer sich schon den Zuruf: Scharfrichter! gefallen lassen müssen, so prasselte auf Kölitzsch die Entrüstung der linken Seite des Hauses in ganzen Salven nieder, bis sie sich zum Schluß in kräftigen und wohlverdienten Pfuirufen entlud.

Zu der ans Mittelalter gemahnenden Aussprache paßte die namentliche Abstimmung, in der die Aufhebung der Todesstrafe abgelehnt wurde. Auch von der Mehrheit der sogenannten Demokraten stimmte nur deren linker Flügel, geführt vom Abgeordneten Nuschke, mit uns. Sogar die meisten bürgerlichen Frauen konnten sich nicht zu diesem Entschlusse aufraffen. Den Damen würe zu gönnen, daß sie dazu verurteilt würden, einigen Hinrichtungen beizuwohnen.

Ebenso wenig würdig eines modernen Kulturvolkes zeigten sich die meisten bürgerlichen Redner und Rednerinnen bei der Aufrollung des Rechtes der unehelichen Mutter und des unehelichen Kindes. Den Vogel schoß hier der Reichsgerichtsrat Burlage vom Zentrum mit einer Rede ab, die so herzlos war, daß man es zwar nicht billigen, aber doch verstehen kann, wenn Frau Zietz ihm erwiderte, die Katholiken stemmten sich gegen die Ermittelung der unehelichen Vaterschaft, weil dabei in manchen Fällen herauskäme, daß der Vater ein Geistlicher sei.

Die Unabhängigen hatten nebenher schwere Zusammenstöße mit den Präsidenten Fehrenbach und Haußmann. Das braucht wohl gar nicht besonders erwähnt zu werden.

Der Wiederaufbau der Landwirtschaft.

Der preußische Landwirtschaftsminister Braun hat dem Reichskabinett eine längere Denkschrift über die Lage der deutschen Landwirtschaft überreicht und zur Hebung der stark gesunkenen Produktion folgende Forderungen gestellt: Die Stickstoff-, Kali- und Phosphorindustrie sind bezüglich der Belieferung der Kohlen und sonstigen Betriebsstoffe vor allen andern Industriezweigen zu bevorzugen. Die Einfuhr von Rohphosphat ist mit allen Mitteln anzustreben. Die gebundene Wirtschaft ist bezüglich der landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf das Notwendigste, d. h. Brot und Fleisch zu beschränken. Der Aufbau der Schweinehaltung muß sofort in Angriff genommen werden. Um dies zu ermöglichen, ist es notwendig, die Gerste ebenso zu bekommen wie den Hafer, d. h. es ist nur der Bedarf der öffentlichen Hand in geeigneter Weise sicherzustellen, der Rest freizulassen. Dasselbe Verfahren muß auch bezüglich der Kartoffel, sobald die Ernte sich abschätzen läßt, in ernste Erwägung gezogen werden. Ohne schleunigen Wiederaufbau der Schweinehaltung ist der Zusammenbruch der Fleischversorgung und damit der gesamten Volksernährung zu befürchten. Für die übrigen landwirtschaftlichen Produkte, insbesondere Zuckerrüben, Oelfrüchte usw., muß der Abbau der Zwangswirtschaft auch ernstlich ins Auge gefaßt werden. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft allein kann im Verkehr mit landwirtschaftlichen Ueberschußartikeln, insbesondere mit Schuhen und Kleidern für die landwirtschaftlichen Arbeiter zu befriedigenden Verhältnissen führen. Die in Betracht kommenden Kriegsgesellschaften sind daher so schnell wie möglich aufzulösen. Das gilt insbesondere für die Reichsfuttermittelstelle, die Reichsstelle für Oel und Fette, die Kriegsledergesellschaft u. a. m. „Ich würde," so schließt der Minister seine Denkschrift, „die Verantwortung für den Verlauf der landwirtschaftlichen Erzeugung in den unmittelbar bevorstehenden, überaus kritischen Jahren nicht übernehmen können, wenn nicht bald in der angegebenen Richtung Wandel geschaffen wird. Erwägungen rein ideeller Art führen zu demselben Ergebnis."

Nachdem während des Krieges die pflanzliche Erzeugung auf 6 Prozent und die tierische auf 40 Prozent der früheren Höhe zurückgegangen ist, berechnet der Minister in der Denkschrift, daß nach dem gegenwärtigen Stande der Valuta zur Deckung dieses Ausfalls sowie der schon früher notwendigen Nahrungs- und Düngemittelmehreinfuhr im ganzen 47 Milliarden Mark jährlich aufgewendet werden müßten, um den Zustand der Ernährung zu erreichen, der vor dem Kriege bestanden hat. Da es ganz unmöglich ist, diese Summe aufzubringen, macht der Minister die vorstehenden Vorschläge zum Wiederaufbau der deutschen Landwirtschaft.

• • •

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190717/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Wir dürfen uns nicht durch die Lebensmitteleinfuhr, die jetzt dem deutschen Volke einige Erleichterungen in seiner Ernährung bringt, darüber nicht täuschen lassen, daß die Lebensmittelversorgung auch in den nächsten Jahren für das deutsche Volk sehr schwierig sein wird. Die Blockade ist ja nun aufgehoben. Kein Entente-Kriegsschiff hindert mehr die Einfuhr von Lebensmitteln, aber trotzdem werden wir nur in einem sehr beschränkten Maße Lebensmittel einführen können, weil uns die Mittel fehlen werden, um eine allzugroße Lebensmitteleinfuhr zu bezahlen. **Auf dem Gebiet der Ernährung werden also die Verhältnisse, unter denen wir während des Krieges litten, wenn auch in abgeschwächtem Maße, fortbestehen.** Es scheint uns, als ob von unseren maßgebenden Stellen dieser Tatsache nicht genügend Rechnung getragen wird. Nachdem der Genosse Schmidt der Freigabe des Hafers zugestimmt hat, kommt nun der Genosse Braun vom preußischen Landwirtschaftsministerium und verlangt, daß bei der Gerste ebenso verfahren und auch bei der Kartoffel die Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung in Erwägung gezogen wird. Er begründet seine Forderung damit, daß der Aufbau der Schweinehaltung möglichst schnell wieder in Angriff genommen werden müßte, weil sonst der vollkommene Zusammenbruch der Fleischversorgung und damit der gesamten Volksernährung eintreten würde. In der Denkschrift wird ausgeführt, daß Deutschland für 47 Milliarden Mark einführen müßte, um den Zustand der Ernährung zu erreichen, der vor dem Kriege bestanden hat.

Es wäre sehr schön, wenn das deutsche Volk in absehbarer Zeit wieder die Lebenshaltung erreichen könnte, die es vor dem Kriege gehabt hat. Man würde aber einer Utopie nachgeben, wenn man dieses Ziel bald zu erreichen suchte. Es kommt jetzt nicht darauf an, **was dem deutschen Volke angenehm wäre und was wir wünschen**, sondern wir müssen zu erreichen suchen, daß **sich die Massen des Volkes in den nächsten Jahren vor allen Dingen ordentlich** satt essen können. Gewiß ist es nötig, daß die Fettversorgung um vieles reichlicher wird als bisher, wir halten es aber für ausgeschlossen, daß man auch zugleich die Fleischversorgung wieder in den wünschenswerten Umfang heben kann. Der Weg, den der Genosse Braun einschlagen will, hat für die Volksernährung große Gefahren. Er wird zwar vielleicht dazu führen, daß wir etwas mehr Fleisch haben, gleichzeitig aber auch dazu, daß wir eben unser Volk überhaupt nicht genügend ernähren und sättigen können. Die Tatsache läßt sich nun einmal nicht aus der Welt schaffen, daß ein Schwein 5—7mal so viel Nährwert verbraucht, als es mit seinem Fleisch und mit seinem Fett wieder hergibt. Die Verfütterung von Gerste und Kartoffeln bedeutet also, daß die Menge der uns zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel verringert wird. Darauf könnte man es ankommen lassen, wenn man Nahrungsmittel im Ueberfluß zur Verfügung hätte, aber nicht jetzt, wo wir mit der Gefahr rechnen müssen, daß wir unser Volk nicht satt machen können.

Die Regierung muß eben den Mut haben, offen dem Volke zu sagen, daß es, um am Leben zu bleiben, auch in Zukunft auf vieles Wünschenswerte verzichten muß. Es ist besser, wir essen uns an pflanzlichen Nahrungsmitteln satt, als daß wir Gerste und Kartoffeln in Schweinefleisch verwandeln lassen und dabei hungern, weil eben dann die Gesamtmenge der uns zur Verfügung stehenden Nährwerte nicht mehr ausreicht. Wenn von den Regierungsstellen die Bevölkerung über diese Dinge genügend aufgeklärt wird, dann wird sie sich auch damit abfinden, wenn die Fleischversorgung eingeschränkt bleibt. Das deutsche Volk hat jetzt jahrelang gehungert und gedarbt und wird zufrieden sein, wenn vor allen Dingen dafür gesorgt wird, daß es sich ordentlich sattessen kann. Deswegen muß man verlangen, daß mit dem Wiederaufbau der Schweinehaltung nicht Experimente gemacht werden, die unsere Volksernährung aufs schwerste schädigen können.

Planwirtschaft und Sozialisierung.

Vom Genossen Wissell erhält der Vorwärts folgende Zuschrift:

In meinem Entlassungsgesuch an den Reichspräsidenten habe ich betont, daß mich nichts so sehr erschüttert habe, als die Tatsache, daß man meinen Plan, den Plan eines Mannes, dem tiefstes Eindringen in die Probleme der Zeit und vollste Aufrichtigkeit erstes Bedürfnis sei, so kurzerhand abgetan habe.

In seiner unter der gleichen Ueberschrift, wie sie diesen Zeilen vorangesetzt ist, im gestrigen Vorwärts — Nr. 356, Morgenausgabe vom 15. Juli — erschienenen Abhandlung handlung scheint Genosse Wels den Beweis auch für den Fernerstehenden liefern zu wollen, wie sehr diese meine Bemerkung zutreffend ist. Mit solcher Oberflächlichkeit, wie es leider Genosse Wels tut, sollte man doch nicht an die Kritik meiner Pläne herantreten. Er hat nicht einmal gelesen, was ich geschrieben habe. Ihm sind die Denkschrift vom [illegible] Mai, das dieser Denkschrift beigefügte Wirtschaftsprogramm und die Anlagen dazu bekannt. Neben den von ihm erwähnten Bemerkungen vom 8. Juli zu dem Wirtschaftsprogramm, die ich den Fraktionsmitgliedern unterbreitet habe, ist der Abdruck dieser Schriftsätze vom Fraktionsvorstand in der Fraktionssitzung verteilt worden.

Aus diesen meinen Bemerkungen vom 8. Juli zum Wirtschaftsprogramm zitiert Genosse Wels einige Sätze aus dem Abschnitt, der die als Anlage dem Wirtschaftsprogramm beigefügten Grundzüge eines Gesetzes über den Arbeitsfrieden betrifft. Dieser Abschnitt lautet wie folgt:

„Die nähere Prüfung und etwaige Weiterverfolgung des Planes, ein Gesetz über den Arbeitsfrieden vorzulegen, möchte ich in erster Linie dem Reichsarbeitsministerium überlassen, in dessen Kompetenz die Arbeiterfragen fallen. Vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte aus möchte ich nur folgendes bemerken: Jede Aussicht, das deutsche Wirtschaftsleben wieder aufzubauen und die Lebensmittel und Rohstoffe zu bezahlen, die wir unbedingt einführen müssen, schwindet völlig dahin, wenn das werktätige Volk nicht ungesäumt wieder zu geregelter Arbeit zurückkehrt. Man wird verschiedener Meinung darüber sein können, ob es notwendig und zweckmäßig ist, zur Erreichung dieses Zieles gesetzliche Beschränkungen in der Ausübung des Streikrechts vorzunehmen oder ob man erwarten darf, daß die Arbeiterschaft aus eigener Kraft die Mißbräuche, die auf dem Gebiete des Streikwesens hervorgetreten sind, überwinden wird. Für den Fall, daß der Erlaß gesetzlicher Vorschriften in Betracht gezogen wird, möchte ich erneut darauf hinweisen, daß die für diesen Verzicht der Arbeiterschaft anzubietenden Kompensationen meines Erachtens in einer Sicherung gleichmäßiger Produktion und einer gebundenen Gewinnverteilung bestehen müssen, wie sie in meinen Vorschlägen enthalten sind. Eine sogenannte Vollsozialisierung — d. h. eine Enteignung zugunsten des Staates oder Fiskalisierung — einzelner Betriebe würde meines Erachtens eine geeignete Kompensation nicht bedeuten: Mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Zeitläufe scheint mir die Frage des Eigentums jetzt leider nicht wirtschaftlich im Vordergrund zu stehen. Die Frage, ob man einzelne Betriebe in das Eigentum des Reiches überführt, dürfte nunmehr in erster Linie nach finanzpolitischen Gesichtspunkten zu entscheiden, d. h. danach zu beantworten sein, ob das Reich mit der Enteignung ein gutes Geschäft macht oder nicht."

Aus diesen Bemerkungen glaubt Genosse Wels die mit dürren Worten erfolgende Abweisung der Vollsozialisierung „zugunsten der viel wirksameren ‚Gewinnbeteiligung' der Arbeiter herleiten zu sollen.

Es ist für mich wirklich erschütternd zu sehen, daß man in eine Erörterung meiner Pläne hineinsteigt, ohne sie nur gelesen zu haben. In dem Plane des Gesetzes über den Arbeitsfrieden sehe ich für Betriebe, die unter Friedensgebot gestellt sind — bestimmte Gruppen von Betrieben sollten es sein —, die gebundene Gewinnbeteiligung vor. Diese gebundene Gewinnbeteiligung sollte die Wirkung haben, daß von dem Teil des Reingewinns, der über den Satz von 5 vom Hundert des Stammkapitals einschließlich der ausgewiesenen Reservefonds hinaus erzielt wird, dreiviertel an einen Reichsfonds abzuführen sind, von dem zwei Drittel für die allgemeinen Zwecke des Reichsfonds, ein Drittel zur Förderung sozialer Aufgaben des Reiches verwendet werden sollten. Aus dem hier erwähnten Reichsfonds sollte die deutsche Gütererzeugung gefördert und dadurch die Beschäftigung der deutschen Arbeiterschaft ermöglicht werden.

Die gebundene Gewinnverteilung sollte den Gewinn des Unternehmers beschränken; eine Gewinnbeteiligung der Arbeiter und gar eine solche an Stelle der Vollsozialisierung ist nicht vorgesehen. Ich stelle das fest.

Die vom Genossen Wels an einem Nebenpunkt geübte, auf den Kern meiner Vorschläge gar nicht eingehende Kritik, die die wesentlichsten Tatsachen nicht erkennt und sie vollständig übersieht, die eine gebundene Verteilung des dem Unternehmer zufließenden Gewinns zu einer Gewinnbeteiligung der Arbeiter werden läßt, läßt es mir schon verständlich erscheinen, weshalb meine Pläne so kurzerhand abgetan wurden; sie sind, wie die Tatsachen erweisen — sicher von einzelnen —, nicht einmal gelesen worden.

Eine solche Kritik führt die Erörterung auf das Niveau der leidigen Mißverständnisse, die ja bei allen unsern Parteiauseinandersetzungen eine so große Rolle gespielt haben und die eine sachliche Klärung so häufig verhinderten. Ich möchte die Erörterung der von mir verfolgten Wirtschaftspläne nicht auf den Streit um Mißverständnisse abgestellt sehen und bin zu meinem Leidwesen nun doch gezwungen, gleich die erste Antwort zu einer solchen gegen irrige Annahmen gestalten zu müssen.

Wenn ich zu meinen wirtschaftsorganisatorischen Plänen Stellung nehme — und das wird ja in nächster Zeit der Fall sein —, werde ich voraussetzen, daß alle, die zu diesen Fragen Stellung nehmen, zuvor auch meine Pläne wenigstens gelesen haben.

Genosse Wels wendet sich unter Bezugnahme auf das Stenogramm seiner Rede auf dem Parteitag gegen meine Bemerkung, er habe erklärt, die Partei stehe geschlossen hinter meiner Planwirtschaft. Als ich diese Bemerkung niederschrieb, hatte ich — weil das Protokoll des Parteitages noch nicht vorlag und ich meinem Gedächtnis allein nicht trauen wollte — den Vorwärts vom 11. Juni (Nr. 239, 1. Beilage) vor mir liegen. Dort heißt es in der Wiedergabe des Welsschen Referats: „Ich bekenne mich grundsätzlich zu den Wissellschen Anschauungen und bin überzeugt, daß die ganze Partei dahintersteht. (Lebhafter Beifall.)"

* * *

Die Gegendenkschrift Robert Schmidts.

Die von Konrad Haenisch redigierte Glocke ist in der Lage, in ihrer neuesten Nummer (Nr. 16 vom 19. Juli) ausführliche Auszüge aus einer Gegenschrift mitzuteilen, die in Beantwortung der Wissellschen Denkschrift Robert Schmidt vor längerer Zeit dem Kabinett überreicht hatte.

Die Schmidtsche Gegenschrift weist Wissells Kritik an den Leistungen der Koalitionskabinette zurück. Die bisherigen Gesetzgebungsleistungen des Reichswirtschaftsamts, insbesondere die Regelung der Kohlen- und Kaliwirtschaft, habe die Arbeiterschaft weder befriedigt noch beruhigt. „Und in der Tat," heißt es weiter, „wenn die Sozialisierung auf weiter nichts hinausgeht, als eine Organisation zu schaffen, in der die Preisregelung auf eine andere Grundlage gestellt wird als gegenwärtig, so ist vom Standpunkt des Sozialismus gegen diese Sozialisierung sehr viel einzuwenden. Es muß dabei hervorgehoben werden, daß das Kaligesetz eigentlich nicht der Initiative des Reichswirtschaftsministeriums entsprungen ist, sondern erst nach einer sehr temperamentvollen Vorstellung an das Kabinett gelangte, die ein bürgerlicher Minister im Kabinett erhob. Das Hervorzuheben erscheint wichtig, im Hinblick auf die Behauptung der Wissellschen Denkschrift, daß in einem Koalitionskabinett in der Durchführung weitschichtiger politischer Pläne sehr viele Hemmungen vorhanden sind. Der Standpunkt soll nicht angefochten werden, aber bisher hat sich ergeben, daß in sehr vielen Fragen mit den bürgerlichen Vertretern wohl eine Verständigung möglich war. Natürlich kann das Kabinett in dieser Zusammensetzung eine rein sozialistische Politik nicht betreiben."

Robert Schmidt hält dann Wissell entgegen, daß er das Zentralproblem der deutschen Wirtschaft an einer ganz falschen Stelle suche. Er lege den Hauptnachdruck stets auf die Einfuhr von Rohstoffen für das Ingangbringen der Industrie, aber Kohlenindustrie, Eisenindustrie, Kleineisenindustrie, Kalibergbau, Holzgewerbe, Ziegelei, Zementfabrikation und vor allem die Landwirtschaft könnten noch unbegrenzt viele Arbeitskräfte aufnehmen und brauchten nicht auf ausländische Rohstoffe zu warten. Auch wäre der Absatz im Inlande und auf dem Weltmarkt gesichert. Das einzige Zentralproblem unserer Wirtschaft sei der Arbeitswille, die Arbeitslust und die Arbeitsenergie. Es bestehe allgemein eine gewisse Abneigung gegen intensive Arbeit. Es fehle nicht an Aufträgen für die Industrie; was bisher nicht gelungen sei, sei eine neue Verschiebung der Arbeitskräfte, wie die im Krieg erfolgte. Die vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten würden nicht entfernt ausgenutzt. Robert Schmidt erhebt deshalb schärfsten Widerspruch gegen die von Wissell geforderten fünf Milliarden Subvention für die Industrie. Die breiten Massen würden urteilen, daß nach den übermäßigen Gewinnen der Industrie und der Kriegszeit ihr jetzt das Reichswirtschaftsamt weitere fünf Milliarden in den Rachen werfe, damit sie an ihren Profiten keinen Schaden leide.

Robert Schmidts Gegenschrift nimmt dann positiv Stellung zum Sozialisierungsproblem. Sozialisierung sei die Ueberführung des Privateigentums an Produktionsmitteln in Gesellschaftseigentum. Das Erfurter Programm spreche weder von Gemeinwirtschaft, noch von Sozialisierung; es erstrebe nicht die öffentliche Kontrolle privater Betriebe, sondern die Enteignung des privaten Besitzes an Produktionsmitteln. Im einzelnen führt Robert Schmidt über die nächsten Schritte zum Sozialismus folgendes aus:

„Viel näher (als mit der Wissellschen Planwirtschaft) wird man dem Erfurter Programm kommen, wenn man in einzelnen für eine Monopolwirtschaft reifen Betrieben zu dieser Monopolbildung übergeht. Für das Spiritusmonopol liegt das Gesetz, das noch der Reichstag geschaffen hat, vor. Es kann jederzeit in Kraft treten, wobei es sich empfehlen würde, vorläufig keine Aenderung vorzunehmen, da ein nochmaliges Durcharbeiten der Materie sehr viel Zeit beanspruchte. In enger Verbindung damit müßte ein Petroleummonopol in Angriff genommen werden. Es ist die höchste Zeit, daß es geschieht, weil hier die Betriebsanlagen im Werte so gesunken sind, daß gegenwärtig die Uebernahme in den Staatsbetrieb die günstigsten Aussichten bietet. Dem Herrn Ministerpräsidenten wäre es sehr dringend zu raten, dem Reichswirtschaftsministerium den Auftrag zu erteilen, sofort möglichst schnell einen Entwurf über ein Petroleummonopol auszuarbeiten. Nicht minder wichtig ist die Herbeiführung eines Getreidemonopols. Die gegenwärtigen Einrichtungen in der Reichsgetreidestelle müßten für diese Zwecke nutzbar gemacht werden. Wenn die Zustimmung des Herrn Ministerpräsidenten zu erlangen ist, wird das Reichsernährungsministerium die Vorarbeiten für einen solchen Gesetzentwurf einleiten, es sei denn, daß die Frage dem Reichsfinanzministerium überantwortet werden soll. Sehr wichtig erscheint ferner die Inangriffnahme eines Tabakmonopols. Sollte ein Monopol für die Fabrikation nicht durchgeführt werden, so mindestens für den Verschleiß der Tabakprodukte. Die Kommunalisierung der für die Gemeinden wichtigen gemeinnützigen Betriebe muß durch ein besonderes Gesetz Anregung und Richtung erhalten."

Diese beispielsweise gegebene Aufzählung soll, wie die Glocke hervorhebt, das Arbeitsgebiet nur abstecken, nicht begrenzen. Robert Schmidt verspricht sich von einem solchen Vorgehen bei der Sozialisierung eine viel günstigere Wirkung auf die Massenstimmung als von der Wissellschen Planwirtschaft.

Die Schmidtsche Gegenschrift streift dann noch die Fragen der Arbeiterräte, des Reichswirtschaftsrats und die Sicherung des Wirtschaftsfriedens.

*

Gegen die Monopolpläne des Genossen Schmidt ist sicher nichts einzuwenden, aber sie stehen nicht im Widerspruch zu den Wissellschen Plänen. Man kann das eine tun und braucht das andre deswegen nicht zu lassen. Wo es zweckmäßig ist, müssen Reichsmonopole eingeführt werden, wie das Schmidt verlangt, und wo die Schaffung von Reichsmonopolen nicht zweckmäßig erscheint, muß man versuchen, **das Wirtschaftsleben zu organisieren, wie das von Wissell gefordert wird.**

Bayrischer Protest gegen Erzbergers Pläne.

Bamberg, 16. Juli. Der Finanzausschuß des Bayrischen Landtags beschäftigte sich heute mit dem vom Finanzminister Speck mitgeteilten Finanzplan des Reichsfinanzministers. Finanzminister Speck ergänzte seine gestrigen Darlegungen und erklärte, daß der Reichsfinanzminister auch beabsichtige, eine Kapitalertragssteuer in Höhe von 30 Prozent zu erheben. An die Ausführungen des Finanzministers knüpfte sich eine lebhafte Aussprache. Schließlich wurde vom Vorsitzenden des Finanzausschusses folgende Entschließung vorgeschlagen, die den Fraktionen zur Beratung vorgelegt werden wird:

Der Finanzausschuß protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die neuen Reichsfinanz- und gegen die neuen Reichsfinanzverwaltungspläne, wie sie in der Ministerkonferenz vom 13. Juli in Weimar bekanntgegeben wurden. Er sieht in ihnen den Untergang der finanziellen wie der politischen Selbständigkeit der Einzelstaaten, auf welchen ihr Blühen und Gedeihen und das Blühen und Gedeihen Deutschlands begründet ist. Er erwartet einen Einhalt in allen Mediatisierungsplänen gegen die Einzelstaaten, da er hierin eine schwere politische Gefahr für das Reich und seinen Bestand erblickt. — Vom Finanzminister Speck wurde dem Ausschuß noch nahegelegt, ob die Parteien einen bayerischen Gegenvorschlag zur Ausmerzung der jetzigen Härten in den Finanzplänen ihre Unterstützung geben wollten. Dann müßten aber auch die bayerischen Abgeordneten in Weimar geschlossen hinter der bayerischen Regierung stehen. Der Ausschuß wird sich noch mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

*

Karlsruhe, 16. Juli. In der Sitzung des Badischen Haushaltsausschusses am 15. Juli machte Finanzminister Dr. Wirth über die Konferenz der Finanzminister der deutschen Gliedstaaten folgende Mitteilungen: Es soll die Gesetzgebung über sämtliche Steuerquellen nur dem Reiche zukommen und die erzielten Einnahmen sollen nach einem noch aufzustellenden Schlüssel zwischen dem Reich, den Ländern und Gemeinden unter Berücksichtigung der Lebensnotwendigkeiten aller Beteiligten verteilt werden. Die gesamte Finanzverwaltung der Abgaben soll von einer Zentralstelle einheitlich geleitet werden. Nach Auffassung des Finanzministers bedeutet dieses Verlangen der Reichsregierung das größte Opfer, das man den Bundesstaaten zumute. Das Reich beabsichtige, die Bundesstaaten in einem noch zu bestimmenden Umfange an den Erträgnissen gewisser Steuern, wie Einkommensteuer, Erbschaftssteuer, teilnehmen zu lassen. Die Bundesstaaten hätten dann noch Gelegenheit, besondere Ertragnissteuern oder etwa die Vergnügungssteuer für sich auszubauen, sofern das Reich auf die bereits eingebrachte Vorlage einer Veranlagungssteuer verzichte. Aber auch die Gemeinden verlieren das Selbstbestimmungsrecht über ihre wichtigsten Finanzquellen. Sie werden nach der Meinung der Reichsregierung sich von den Bundesstaaten einen gewissen Teil der Einnahmen, die vom Reich erhoben werden, zubilligen lassen müssen. Damit wird die finanzielle Selbständigkeit der Gemeinden im wesentlichen beseitigt. Sie werden der strengen Aufsicht der Bundesstaaten hinsichtlich ihrer Aufgaben unterworfen.

*

Reichsfinanzpläne und Bundesstaaten.

Weimar, 17. Juli. Die Regierungen von Bayern, Sachsen, Württemberg und Hessen beraten einen gemeinsamen Schritt bei der Reichsregierung gegen die Vereinheitlichung der Steuerverwaltung durch das Reich vor. Dagegen wollen sie sich mit der Reichseinkommensteuer als eine absolute Notwendigkeit abfinden.

Nationalversammlung.

Weimar, 16. Juli.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 15 Min. Fortsetzung der Verfassungsberatung bei § 113. Ein sozialdemokratischer Antrag Auer verlangt:

„Die Todesstrafe ist abgeschafft."

Mit der Beratung dieses Artikels verbindet der Präsident die Beratung über einen Antrag der Unabhängigen zu Art. 115 desselben Inhalts.

Abg. Sinzheimer (Soz.): Es ist Aufgabe des Staates, die Mißachtung des Menschenlebens zu beseitigen.

Regierungskommissar Dr. Preuß: Ich bitte, die Abschaffung der Todesstrafe nicht in die Verfassung aufzunehmen. Darüber

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190717/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

[illegible] der unbedingt notwendigen Reform des Strafrechts verschieben [illegible]

Abg. Düringer (Dnat. Vp.): Die Sache gehört nicht in die Verfassung. [illegible] sind die Anträge doch nur aus parteitaktischen Gründen gestellt worden.

Abg. Dr. Kahl (D. Vp.): Der Antrag ist zweifellos vom Parteistandpunkt eingegeben. Aber Ort und Zeit sind nicht richtig gewählt. Der richtige Zeitpunkt ist die Reform des Strafrechts. In der heutigen Zeit kann der Staat gegen eine bestimmte Gattung von Verbrechen auf diese Macht nicht verzichten.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.): Was wir beantragen, ist ein Teil der Rechte, die das Volk sich auferlegen muß in einer andern Wertung des menschlichen Lebens.

Abg. Laubmann (Dem.): Wir werden, um die Verfassung nicht noch weiter zu belasten, diesen wie alle neuen Anträge ablehnen. Die Frage ist eine Kulturfrage gehört aber nicht in die Verfassung.

Abg. Dr. Polysius (Dnat. Vp.): Gerade die jetzige Zeit der Revolution ist der ungeeignetste Zeitpunkt, die Todesstrafe abzuschaffen. (Unruhe und Lärm bei den U. Soz.)

Damit schließt die Besprechung. Der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der Todesstrafe wird hierauf in namentlicher Abstimmung bei zwei Stimmenthaltungen mit 154 gegen 129 Stimmen abgelehnt.

Art. 117 spricht vom

Recht der freien Meinungsäußerung

und bestimmt dann weiter: „Eine Zensur findet nicht statt, doch können für Lichtbilder durch Gesetz abweichende Bestimmungen getroffen werden. Auch sind zur Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur sowie zum Schutze der Jugend bei öffentlichen Schauspielen und Darbietungen gesetzliche Maßnahmen zulässig. Ein demokratischer Antrag will die Möglichkeit einer Filmzensur beseitigen. Ein Antrag der Unabhängigen will gleichfalls die Filmzensur beseitigen.

Abg. Nuschke (Dem.): Mein Antrag will den letzten Rest der Zensur, nämlich die Möglichkeit einer Filmzensur beseitigen und damit die Verfassung entlasten.

Abg. Oberfohren (Dnatl. Vp.): Der Menschheit ganzer Jammer ist es einer an, wenn man bedenkt, was dem deutschen Volke durch die Filmindustrie für seine Erholungsstunden geboten wird.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung kommt es zunächst zwischen dem Abg. Cohn (U. Soz.) und Präsident Fehrenbach zu einer Auseinandersetzung, in deren Verlauf der Abg. Cohn erklärt: Namentlich in der letzten Zeit hat es der Präsident uns gegenüber an Objektivität fehlen lassen. (Großer Lärm im ganzen Hause.)

Präsident Fehrenbach: Zu dieser Verwahrung haben Sie mit den geringsten Anlaß. (Lebh. Beifall bei einem großen Teile des Hauses; Zurufe der Unabhängigen: Wir lassen uns das nicht gefallen!)

Abg. Cohn (U. Soz.) macht dann sachliche Ausführungen. Lebhafte Schlußrufe.

Abg. Haußmann (Dem.): Der Antrag der Unabhängigen ist sehr vernünftig, aber in die Verfassung gehört er nicht. Die agitatorische Betätigung der Unabhängigen bedeutet einen Schaden für das ganze Gesetzgebungswerk. (Lebh. Beifall, lärmender Widerspruch bei den U. Soz.)

Reichspräsident Bauer wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Cohn über das Bestehen eines Korruptionsfonds des Reichspräsidenten zur Unterstützung der Filmindustrie.

Der Art. 117 wird unter Ablehnung aller Abänderungsanträge in der Fassung des Entwurfs angenommen.

Während der Abstimmung tritt plötzlich ein Besucher des [illegible] Ranges an die Brüstung und wirft ein großes Paket Flugblätter und graue Karten in den Saal. Es entsteht große Unruhe. Auf den Flugblättern steht: „Dadaisten gegen Weimar“, auf den grauen Karten wird die Ankunft des Oberdadaisten angekündigt.

Ueber den zweiten Abschnitt der Grundrechte, der das Gemeinschaftsleben behandelt, berichtet Abg. Beyerle (Zentr.). Er stellt die Ehe als Grundlage des deutschen Familienlebens unter den Schutz der Verfassung und erklärt die Gesundung, Erhaltung und soziale Förderung der Familie als Aufgabe der Bevölkerungspolitik des Staates und der Gemeinden. Kinderreiche Familien haben Anspruch auf ausgleichende Fürsorge.

Nach Art. 119 ist die Erziehung des Nachwuchses Pflicht und Recht der Eltern, über deren Betätigung die staatliche Gemeinschaft wacht. Dazu liegen verschiedene demokratische, sozialdemokratische und Anträge der Unabhängigen vor, die sich [illegible] mit der Stellung des unehelichen Kindes befassen. Außerdem liegt eine Entschließung des Ausschusses vor, die Regierung möge einen Gesetzentwurf vorlegen, der die rechtliche und soziale Stellung des unehelichen Kindes in gerechter Weise neu regelt. Nach längerer Besprechung der Anträge vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Donnerstag 9½ Uhr: Verfassung. Schluß 9½ Uhr.

Sachsens Kohlennot — eine innerdeutsche Gefahr!

Von einer Seite, die gut unterrichtet ist, wird uns folgendes geschrieben: Am 10. Juli wäre es in Sachsen beinahe zu einer Katastrophe gekommen. Schon war verfügt worden, daß der gesamte Eisenbahnverkehr eingeschränkt, ja nahezu eingestellt werde. Noch im letzten Augenblick besannen sich die Bergarbeiter des Lugau-Oelsnitzer Reviers, gaben auch die Werksbesitzer erheblich nach, so daß der Streik vermieden ward.

Nun ist zwar die unmittelbare Katastrophe abgewendet, allein die andauernde Kohlennot ist zu einer bleibenden Gefahr geworden; hervorgerufen durch die immer geringer werdende Kohlenförderung. Diese wird leider ein sehr düsteres Kapitel in der Geschichte der Revolution des roten Sachsens bleiben. Ging doch die Forderung an Steinkohle [illegible] Steinkohlen- und Sächsisch-Altenburger Braunkohlengebiet seit der Revolution um rund 600 000 Tonnen zurück, trotz der um zirka 5000 Mann erhöhten Belegschaft! Im Vergleich zum letzten Friedensjahr betrug der Rückgang rund 900 000 Tonnen! An Briketten wurden in derselben Zeit fast 500 000 Tonnen weniger hergestellt! Es bedarf keines Beweises dafür, daß diese unerhörte Weniger-Versorgung auf die Industrie, den Verkehr und das Wirtschaftsleben des Landes und weitester Nachbargebiete geradezu verheerend gewirkt hat. Zehntausende von Erwerbslosen könnten der Keramischen und Textilindustrie, die Rohstoffe genug zur Verfügung haben, beschäftigt werden, wenn nicht der ewige Kohlenmangel dem im Wege stände! Während der ganzen Saison, da die landwirtschaftlichen Gespanne brach lagen, da also hätte Kohlen für den Hausbrand heranschaffen können, waren keine Kohlen da, weil zu wenig gefördert wurde! Wenn die Familien der Armen, die nun überhaupt nicht hervorratet werden konnten, die nicht einmal ihre laufenden Zanten erhalten konnten, im kommenden Winter entsetzlich frieren werden, so sind diejenigen daran schuld, die den Bergarbeitern eingeredet hatten, daß sie mit ihren Streiks die Regierung stürzen und sich ein Märchen- und Paradiesland ewigen und ungetrübten Glückes schaffen könnten.

Vergrößert wird diese Not und die Not der umliegenden Gebiete durch die immer geringer werdende Menge an tschechischer Braunkohle. Obwohl in Böhmen die Förderung gegen ist, konnte Sachsen infolge des aus Kohlennot eingeschränkten Verkehrs usw. seit der Revolution eine Menge von 1 273 765 Tonnen Braunkohlen aus Böhmen nicht hereinbekommen! (Im Vergleich zum letzten Friedensjahr beträgt der Rückgang sogar 2 578 698 Tonnen!) Der tägliche Kohlenversand auf den sächsischen Staatsbahnen sank vom November um 14 110 Tonnen. Und nun erst der Rückgang an oberschlesischer Kohle, auf die Sachsen und seine Nachbargebiete besonders angewiesen ist. Monatlich kamen wegen der fortwährenden Streiks in Oberschlesien 13 000 bis 27 000 Tonnen weniger nach Sachsen herein. Statt der gewohnten 12 000 Wagen kommen jetzt täglich nur noch 3200 Wagen herein, und da Sachsen diese Kohle wiederum als Tauschmittel gegen böhmische Braunkohle dringend bedarf, so kann man ermessen, welcher ungeheure Schaden täglich entsteht.

Freilich muß man auch den Bergarbeitern gegenüber zugeben, daß sie nicht allein, wenn auch in der Hauptsache, an diesem Jammer schuld sind. Die Unterernährung schwächte ihre Kräfte, und die vielen Bauarbeiten, die jetzt nachgeliefert werden müssen, weil sie während des Krieges liegen geblieben waren, hindern ebenfalls die Förderung. Auch die Betriebsmittel taugen vielfach nicht mehr viel, Mangel an Schmieröl, fortwährende Reparaturen und die Erschöpfung der während des Krieges geradezu ausgeraubten Flöze mindert ebenso die Kohlenmenge wie der Abbau weniger reichlicher Kohlenfelder. Dagegen ist interessant, zu erfahren, daß die Regierung ein Bergamt beauftragt hatte, nachzuforschen, ob die Behauptung der Bergarbeiter, wonach die Werksbesitzer vielfach Sabotage getrieben, die Förderung gedrosselt hätten, auf Wahrheit beruhe oder nicht. Umfangreiche Untersuchungen haben nun ergeben, daß davon in der Tat keine Rede sein kann. Sogar die Betriebsräte der Zechen sind gehört worden, und auch sie haben einmütig erklärt, daß ihnen von derartiger Sabotage und Drosselung der Förderung nichts bekannt geworden sei.

Einstweilen hat die Regierung, um der Hausbrandnot ein wenig abzuhelfen, bestimmt, daß der Brennholz-Einschlag verdoppelt werde. Wo bisher auf einen Hektar ein Raummeter Holz geschlagen werden durfte, sind es jetzt zwei Raummeter. Außerdem steht das sächsische Arbeitsministerium in Verhandlungen wegen Einführung eines großen Postens außersächsischen Brennholzes, das naturgemäß erheblich teurer sein wird als das sächsische, 43 bis 44 Mark für ein Raummeter frei Verladestation. Immerhin ist auch eine vermehrte Brennholzmenge nur ein sehr schwacher Trost für die kommende Winternot und erst recht für die Industrie und den Verkehr, die nicht mit Holz, sondern nur mit Kohle betrieben werden können. Nicht vergessen darf ferner werden, daß wir auch Beleuchtung brauchen; die deutsche Erdöl-Gesellschaft bedarf aber ein volles Neuntel unsrer gesamten Brikettfabrikation. Weniger Briketts heißt also zugleich weniger Leuchtstoff. Kurzum: Wenn nicht mehr Kohle gefördert wird, sind die Folgen, in erster Linie für die gesamte ärmere Bevölkerung, gar nicht abzusehen. Es wird die gesamte Arbeiterschaft an die Bergarbeiter appellieren müssen, damit sie beherzigen, was Ferdinand Lassalle uns von der Weisheit des griechischen Philosophen Heraklitos gelehrt hat: Hingabe an das Allgemeine! Das ist der ewige Grundbegriff des Sittlichen.

Parteigenossen!

Der Parteivorstand hat durch Rundschreiben vom 7. Juli die Parteiorganisationen aufgefordert, Versammlungen und Demonstrationen großen Stils vorzubereiten.

Es gilt, dem Treiben der Reaktionäre entgegenzutreten, die die durch den Krieg so drückend gewordene Lage in verleumderisch-demagogischer Weise für ihre Parteizwecke auszunutzen suchen. Es muß dem Volke zum Bewußtsein gebracht werden, daß die Revolution als elementares gesellschaftliches Ereignis die unausbleibliche Folge der Kriegspolitik der ehemals herrschenden Klassen war und daß diese allein die Schuld an dem politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch unsres Volkes tragen.

Ebenso muß der katastrophalen Politik der Unabhängigen und Kommunisten entgegengetreten werden, die, wie gebannt auf die baldige Weltrevolution hoffend, durch putschistische Aktionen und Generalstreiks der allmählichen Gesundung unsres Wirtschaftslebens, dem sozialistischen Aufbau eines neuen demokratischen Deutschlands unausgesetzt hindernd in den Weg treten.

Am 21. Juli protestieren die Sozialisten Frankreichs, Englands und Italiens gegen den gewalttätigen Imperialismus der Entente. Der deutsche Imperialismus liegt vernichtet am Boden, der Kampf der Entente geht und ging gegen Deutschland, als das Land, in dem der sozialistische Aufbau der Gesellschaft unter demokratischer Einwirkung des ganzen Volkes sich vollziehen soll.

Wir fordern unsre Parteiorganisationen entsprechend der ihnen zugegangenen Weisungen auf, die Aktion unsrer Genossen in den Ländern der Entente mit der unsrigen zu vereinigen und sie zu einer Kundgebung aller Sozialdemokraten Europas zu gestalten.

Es lebe die Demokratie! Es lebe der Sozialismus!

Der Parteivorstand.

Deutsches Reich.

Sprengung des Berliner Vollzugsrats.

Berlin, 17. Juli. Die S.-P.-D.-Arbeiter-, Soldaten- und kommunalen Arbeiterräte hielten gestern nachmittag im Berliner Sitzungssaal des Herrenhauses eine Fraktionssitzung ab, in der einstimmig beschlossen wurde, die Beziehungen zum Vollzugsrat und seiner Vollversammlung endgültig abzubrechen. In der angenommenen Erklärung heißt es:

„Der Vollzugsrat von Groß-Berlin hat es nicht verhindern können oder wollen, daß die Vollversammlung des Berliner Arbeiterrats fast ausschließlich zum Tummelplatz der niedrigsten politischen Demagogie und des Dilettantismus gemacht worden ist. Positive Ergebnisse zum wirtschaftlichen Aufbau haben die Verhandlungen der Vollversammlung der Arbeiterräte und des Vollzugsrats nicht gezeitigt und werden sie in Zukunft auf Grund ihrer Zusammensetzung nicht zeitigen können. Unter diesen Verhältnissen sind wir gezwungen, jedes weitere gemeinschaftliche Zusammenarbeiten in den Vollversammlungen und im Vollzugsrate abzulehnen.“ Durch die Annahme dieser Erklärung ist ein Vollzugsrat der S.-P.-D.-Fraktion geschaffen worden, dem sich wahrscheinlich die Demokraten anschließen werden.

Die Fettration.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Verordnung, wonach die auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Verbrauchsmenge an Speisefetten bis auf weiteres für die Woche 100 Gramm für Selbstversorger wie Versorgungsberechtigte beträgt, wovon nicht mehr als 50 Gramm in Butter ausgegeben werden dürfen.

Die Loslösungsbestrebungen in Birkenfeld.

Wie aus Weimar berichtet wird, soll morgen in Birkenfeld der Landesausschuß, der unter dem Druck der Okkupationsmacht gewählt werden mußte, zusammentreten. Auf der Tagesordnung steht die Loslösung von Oldenburg. Der Reichsregierung ist bekannt, daß sich unter diesen Loslösungswünschen lediglich andere aufs schärfste zu verurteilende Bestrebungen verbergen, die auf einen Anschluß an das unter der Verwaltung des Völkerbundes stehende Saargebiet hinzielen. Da diese Bestrebungen gegen die Reichsverfassung und den Friedensvertrag verstoßen, legte die Reichsregierung im Einvernehmen mit der oldenburgischen Regierung schärfste Verwahrung gegen sie ein. Sie wird jeden zur Rechenschaft ziehen, der sich, aus welchen Gründen immer, daran beteiligt oder sie fördert.

Das Urteil gegen Toller.

München, 16. Juli. Vom Landgericht München wurde nach dreitägiger Verhandlung der Student und Schriftsteller Ernst Toller unter Annahme mildernder Umstände zur gesetzlich zulässigen Mindeststrafe von 5 Jahren Festungshaft verurteilt. Eine ehrlose Gesinnung konnte bei dem Angeklagten nicht festgestellt werden, wohl aber mildernde Umstände, die auch strafmildernd wirkten.

Eichhornsche Sicherheitsmannschaften als Räuber. Die Zeugenvernehmung über die Polizeiherrschaft Eichhorns im Untersuchungsausschuß der preußischen Landesversammlung ergab gestern u. a., daß von einer aus Rumänien eingetroffenen großen Geldsumme auf dem Schlesischen Bahnhof durch Eichhornsche Sicherheitsmannschaften fünf bis sechs Millionen Mark geraubt wurden.

Ausland.

Deutschösterreich.

Die Jugoslawen in Klagenfurt.

Spittal, 17. Juli. Trotz strikktem Auftrage der Ententekommission haben die Jugoslawen am 14. Juli Klagenfurt nicht geräumt. Sie sind im Gegenteil über die Demarkationslinie vorgedrungen. Im besetzten Landesteil heben die Jugoslawen Frauen und Kinder als Geiseln aus, um Lösegelder von 10 000 bis 25 000 Kronen zu erpressen. Die Leute werden vielfach zur Unterschreibung einer Erklärung gezwungen, in welcher sie um Weiterbelassung der jugoslawischen Besetzung bitten. Der Bezirkshauptmann von Klagenfurt am Sitze der interalliierten Ententekommission wurde von den Jugoslawen verhaftet und nach Mariasaal abgeführt.

Spittal, 17. Juli. Die Jugoslawen üben im besetzten Klagenfurt schärfste Preßzensur und geben eine eigene, deutsch geschriebene Zeitung, die Klagenfurter Nachrichten, im südslawischen Sinne heraus, um sich im Ausland auf diese Zeitung als angebliche Stimme der Kärtner Geschäftswelt zu berufen.

Englo[illegible]

Streikende Bergarbeiter.

London, 16. Juli. 150 000 Bergarbeiter von Westyorkshire haben gestern abend infolge des Abbruchs der Verhandlungen, die mit den Bergwerksbesitzern über die Entscheidung der Kohlenkommission geführt wurden, die Arbeit niedergelegt.

Spanien.

Rücktritt der Regierung.

Madrid, 15. Juli. Die Regierung ist am Montag wegen der Abstimmung der Kammer über die Wahlmißbräuche zurückgetreten. Maura wird morgen dem König das Rücktrittsgesuch überreichen.

Aus aller Welt.

Waldbrände in Frankreich.

Die Waldbrände von Bornes, die eingedämmt schienen, sind wieder aufgeflammt. Es sind bereits große Waldstrecken zerstört. Etwa 500000 Hektar sollen eingeäschert sein. Das ganze Tal von Gauvebonnet ist in Gefahr. Es wurden Truppen in die gefährdete Gegend gesandt. In Toulon wird ein Detachement zusammengestellt, um für die Löschungsarbeiten verwendet zu werden. Bis jetzt sind drei Soldaten bei den Löschungsarbeiten ums Leben gekommen.

Pulverexplosion.

Mittwoch früh sind in Hohenschönhausen zwei Schuppen der Deutschen Werkhüttengesellschaft, in denen Minenzünder, Sprengkapseln und Pulver lagerten, infolge eines Brandes in die Luft geflogen. Ein dritter Schuppen ist stark gefährdet. Infolge der Explosion wurden im Umkreise von mehreren Kilometern die Fensterscheiben zertrümmert. Menschenleben sind nach den bisherigen Feststellungen nicht zu beklagen. Allerdings wird die Wache von sechs bis acht Köpfen bisher vermißt, doch ist auf Grund der Aussagen von Arbeitern anzunehmen, daß sie sich rechtzeitig in Sicherheit gebracht hat. Die Explosion ist anscheinend auf verbrecherische Brandstiftung zurückzuführen.

Gesunkene Schiffe.

An der chilenischen Küste wütete während zweier Tage ein heftiger Sturm. Die deutschen Dampfer Canis, Sarah und Gotha, sowie die Dampfer Toro und Don Carlos, ein Schleppdampfer, drei deutsche Segler, mehrere Pontons und Hunderte von kleinen Booten sind gesunken. Der Schaden wird auf 200 Millionen Pesetas geschätzt. Bis heute zählt man 37 Ertrunkene, doch glaubt man, daß mehr als doppelt so viel ertrunken sind. Der Sturm hat sich gelegt.

Letzte lokale Nachrichten.

Ein schweres Radlerunglück hat sich am Mittwoch nachmittag auf der Tharandter Straße zugetragen. Dort fuhr ein 37 Jahre alter Schlosser aus Wurgwitz auf seinem Rade hinter einem landwärts fahrenden Straßenbahnzuge der Linie 22 her und versuchte den Straßenbahnzug vor dem Hause Tharandter Straße 48 zu überholen, indem er links auf den Gleisen auswich. In dem gleichen Augenblick nahte ein stadtwärts fahrender Straßenbahnzug mit voller Geschwindigkeit und schleuderte den Radler auf die Straße. Er wurde eine Strecke geschleift und bewußtlos aufgehoben.

Kaninchendiebe, die einen Sack mit Kaninchen durch die Straßen der Stadt schleppten, wurden heute nacht von der Polizei angehalten und festgenommen. Wo der Einbruch verübt wurde, konnte noch nicht festgestellt werden.

Gasvergiftung. Im Hause Wilder-Mann-Straße 34 wurde gestern abend eine 89 Jahre alte Frau mit Leuchtgas bewußtlos aufgefunden. Nach Wiederbelebungsversuchen kam die Lebensmüde wieder zu sich und wurde der Heil- und Pflegeanstalt zugeführt.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190717/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Versteigerung von Fahrzeugen, Geschirren und Reitzeugen aus Heeresbeständen in Dresden und Umgebung.

Gegen sofortige Bezahlung an den Meistbietenden werden öffentlich versteigert:

In Dresden-N., Artl.-Depot, Königsbrücker Str. (Eingang gegenüber der Jägerstraße) **allwöchentlich Dienstags und Donnerstags** von vorm. 8½ Uhr an — erstmalig am 22. Juli 1919 —

1 großer Posten gebr. Fahrzeuge, mil. und nicht mil. Art.
1 " " " Geschirre, Geschirrteile u. Stallsachen.
1 " " " Sättel und Reitzeugteile.

In Dresden-N., Train-Depot, Königsbrücker Str. (Eingang gegenüber der Jägerstraße) **allwöchentlich Mittwochs und Freitags** von vorm. 8½ Uhr an — erstmalig am 23. Juli 1919 —

1 großer Posten gebr. Fahrzeuge, mil. und nicht mil. Art.
1 " " " Geschirre, Geschirrteile u. Stallsachen.
1 " " " Sättel und Reitzeugteile.

In Dresden-Uebigau, Immelmannstr., Korps-Nachrichten-Park 12, allwöchentlich Dienstags, Donnerstags und Sonnabends von vorm. 8½ Uhr an — erstmalig am 22. Juli 1919 —

1 großer Posten gebr. Fahrzeuge, mil. und nicht mil. Art, darunter 10 Leiterwagen.
1 großer Posten Geschirre, Geschirrteile und Stallsachen.

In Radeberg, Feuerwerkslaboratorium, einmalig am Mittwoch den 23. Juli 1919

1 Restbestand von 20 Fahrzeugen, mil. und nicht mil. Art.

Kriegsanleihe wird vom Selbstzeichner zum Nennwert an Zahlungsstatt angenommen. (Vergl. Bekanntmachung vom 20. Juni 1919, betr. Neuregelung des Verfahrens bei Annahme von Kriegsanleihe an Zahlungsstatt beim Kauf von Heeresgut — Sächsische Staatszeitung vom 21. Juni 1919). 2746 D M 2

Dresden, den 14. Juli 1919. 7756

[272] **Reichsverwertungsamt, Landesstelle Sachsen.**

1. Meningokokken-(Genickstarre-)Sera mit den Kontrollnummern:
4 und 5 „Vier und Fünf" aus dem Sächsischen Serumwerk in Dresden;
2. Diphtherie-Heilsera mit den Kontrollnummern:
1906—1950 einschl. „Eintausendneunhundertsechs bis Eintausendneunhundertfünfzig" aus den Höchster Farbwerken,
357 und 358 „Dreihundertsiebenundfünfzig und Dreihundertachtundfünfzig" aus der Merckschen Fabrik in Darmstadt,
512—520 einschl. „Fünfhundertzwölf bis Fünfhundertzwanzig" aus dem Serumlaboratorium Ruete-Enoch in Hamburg,
88—96 einschl. „Achtundachtzig bis Sechsundneunzig" aus den Behringwerken in Marburg,
199—205 einschl. „Einhundertneunundneunzig bis Zweihundertfünf" aus dem Sächsischen Serumwerk in Dresden;
3. Tetanus-Sera mit den Kontrollnummern:
737—776 einschl. „Siebenhundertsiebenunddreißig bis Siebenhundertsechsundsiebzig" aus den Höchster Farbwerken,
441—450 einschl. „Vierhunderteinundvierzig bis Vierhundertfünfzig" aus den Behringwerken in Marburg,
64—67 einschl. „Vierundsechzig bis Siebenundsechzig" aus dem Sächsischen Serumwerk in Dresden

sind, soweit sie nicht bereits früher wegen Abschwächung eingezogen sind, vom 1. Juli 1919 an wegen Ablaufs der staatlichen Gewährdauer zur Einziehung bestimmt worden.

Dresden, am 15. Juli 1919. [S 272 1272 IV M

Ministerium des Innern. 7760

Verkauf von Flaschen aus den Heeresbeständen in Radeberg.

Im D-Lager, Feuerwerks-Laboratorium Radeberg lagern folgende Flaschen, welche zum Höchstgebot abgegeben werden sollen:

15 790 Stück Mineralwasserflaschen
3 100 " Sektflaschen
4 500 " Weißweinflaschen
5 390 " Rotweinflaschen
1 700 " Likörflaschen
570 " verschiedene Flaschen.

Angebote für die Gesamt- oder eine Teilmenge, und zwar ab Lagerort, sind bis zum 25. Juli an das Reichsverwertungsamt, Landesstelle Sachsen, Bismarckplatz 1 (Nebenstelle) einzureichen. Zuschlag erfolgt am 30. Juli unter Angabe der zugeschlagenen Menge.

Besichtigung der Flaschen kann täglich vormittags zwischen 8 und 12 Uhr im D-Lager Radeberg vorgenommen werden.

Haftung für Mängel im Recht oder der Sache wird nicht übernommen.

Die erstandenen Waren sind innerhalb 8 Tagen nach erteiltem Zuschlag zu bezahlen und abzuholen, widrigenfalls anderweitig darüber verfügt wird.

Die Bezahlung erfolgt nach den vom Reichsverwertungsamt, Landesstelle Sachsen in der Sächs. Staatszeitung unterm 21. 6. 19 Nr. 137 bekanntgegebenen Bedingungen. [1817

2786 D M 2 **Reichsverwertungsamt, Landesstelle Sachsen.**

Ernte 1919.

Gemäß der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1919 vom 18. Juni 1919 — RGBl. S. 535 — wird für den Bezirk des Kommunalverbandes Dresden und Umgebung (Stadt Dresden und Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt einschließlich der Stadt Radeberg) folgendes bestimmt:

I. Beschlagnahme von Brotgetreide und Gerste.

§ 1. Roggen, Weizen, Spelz (Dinkel, Fesen), Emer, Einkorn und Gerste, die im Bezirke des Kommunalverbandes Dresden und Umgebung gewonnen sind, allein oder mit andern Bodenerzeugnissen gemengt, werden mit der Trennung vom Boden für den Kommunalverband Dresden und Umgebung beschlagnahmt.

Die Beschlagnahme erstreckt sich auch auf den Halm und die aus den beschlagnahmten Früchten hergestellten Erzeugnisse, wie Mehl, Schrot, Grieß, Graupen, Grütze, Flocken, Malz. Mit dem Ausdrusch wird das Stroh von der Beschlagnahme nach dieser Verordnung frei.

§ 2. Vor der Trennung vom Boden dürfen Kaufverträge über Brotgetreide und Gerste oder andere, auf Veräußerung oder Erwerb von Brotgetreide und Gerste gerichtete Verträge, nicht abgeschlossen werden, wenn nicht der Kommunalverband Dresden und Umgebung schriftlich seine Zustimmung hierzu erklärt hat.

Verträge, die vor Erlaß dieser Bekanntmachung abgeschlossen sind, sind nichtig.

§ 3. Die Besitzer beschlagnahmter Vorräte sind berechtigt und verpflichtet, die zur Erhaltung und Pflege der Vorräte erforderlichen Handlungen vorzunehmen; sie sind berechtigt und auf Verlangen des Kommunalverbandes Dresden und Umgebung verpflichtet, auszudreschen sowie bei Gemenge Körner und Hülsenfrüchte voneinander zu trennen.

Als Besitzer im Sinne dieser Bekanntmachung gilt auch der mit der Verwaltung der Vorräte für den Eigentümer betraute Inhaber des Gewahrsams.

§ 4. An den beschlagnahmten Vorräten dürfen im übrigen Veränderungen nicht vorgenommen werden, soweit sich nicht aus den §§ 5 und 6 etwas anderes ergibt. Das Gleiche gilt von rechtsgeschäftlichen Verfügungen über sie und von Rechtsgeschäften, durch die eine Verpflichtung zu solchen Verfügungen begründet wird sowie von Verfügungen, die im Wege der Zwangsvollstreckung oder Arrestvollziehung erfolgen.

§ 5. Trotz der Beschlagnahme dürfen Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe

I. aus selbstgebautem Brotgetreide und selbstgebauter Gerste verbrauchen:
a) zur Ernährung der Selbstversorger und zur Fütterung des im Betriebe gehaltenen Viehes die vom Reichsernährungsminister mit Zustimmung des Staatenausschusses noch festzusetzenden Mengen,
b) zur Bestellung der zum Betriebe gehörenden Grundstücke auf das Hektar:

an Winterroggen . .	bis zu 185	Kilogramm
" Sommerroggen . .	" " 180	"
" Winterweizen . .	" " 190	"
" Sommerweizen . .	" " 185	"
" ungegerbtem Spelz	" " 300	"
" Spelzkernen . .	" " 210	"
" Gerste	" " 160	"

" Mischfrucht, dieselben Sätze nach dem Mischungsverhältnis der Früchte.

II. das nach den geltenden Bestimmungen für Saatzwecke erworbene Saatgut in dem vorstehend unter I b festgesetzten Mengen zur Bestellung verwenden,

III. aus selbstgebautem grünen Dinkel und Spelz Grünkern herstellen und hiervon zur Ernährung der Selbstversorger auf den Kopf insgesamt 3 Kilogramm verbrauchen.

Als Selbstversorger gelten nur solche Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe mit den von ihnen zu beköstigenden Personen, die sich den noch zu erlassenden Verbrauchs- und Mehlvorschriften für Selbstversorger unterwerfen und auf Grund dieser Vorschriften als Selbstversorger anerkannt sind.

Die zu III hergestellten Mengen Grünkern sind unverzüglich, spätestens bis zum 15. August 1919, der Amtshauptmannschaft — in Dresden dem Lebensmittelamt, Hauptstraße 5, II, — anzuzeigen. Hierbei sind die Anzahl der Selbstversorger und die für diese nach III beanspruchten Mengen anzugeben.

Dagegen ist alles Schroten und Quetschen von Roggen und Weizen in Mühlen aller Art oder auf Schrotmühlen (Quetschen) verboten.

§ 6. Die Besitzer beschlagnahmter Vorräte haben im übrigen das Recht und die Pflicht, die erdroschenen Körner dem Kommissionär der Reichsgetreidestelle, der Firma Getreide-Einkauf, G. m. b. H. in Dresden, Lüttichaustraße 31, oder deren Unterkommissionären zum Kaufe anzubieten. Dies gilt auch für mahlunfähige Ware und Hinterkorn.

Die Abnahme hat spätestens innerhalb zwei Wochen nach dem Angebot, die Zahlung spätestens 15 Tage nach der Ablieferung der Ware zu erfolgen.

Die für jede Fruchtart zu bezahlenden Preise und etwaige sonstige Nebenleistungen werden noch besonders bekanntgemacht.

II. Aufbringung von Hafer, Hülsenfrüchten und Buchweizen.

§ 7. Der Reichsgetreidestelle steht das Recht zu, von den Erzeugern von Hafer, Erbsen einschließlich Peluschken, Bohnen einschließlich Ackerbohnen, Linsen und Buchweizen die Lieferung bestimmter Mengen dieser Früchte zu verlangen. Inwieweit die Reichsgetreidestelle von diesem Rechte Gebrauch macht, wird noch bekanntgegeben.

Verträge, durch die die Erzeuger sich zur Lieferung von Hafer, Erbsen einschließlich Peluschken, Bohnen einschließlich Ackerbohnen, Linsen oder Buchweizen an Dritte verpflichtet haben, sind insoweit nichtig, als dadurch die Lieferung der von der Reichsgetreidestelle angeforderten Menge unmöglich wird. Verträge über Lieferung von Hafer aus der Ernte 1919 dürfen vor dem 15. August 1919 nicht abgeschlossen werden. Verträge dieser Art, die vor der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung abgeschlossen worden sind, sind nichtig.

Erzeuger, die infolge Abgabe von Hafer, Erbsen einschließlich Peluschken, Bohnen einschließlich Ackerbohnen, Linsen oder Buchweizen an Dritte zur Lieferung der von der Reichsgetreidestelle angeforderten Menge nicht imstande sind, haben unbeschadet ihrer Bestrafung nach §§ 80 und 81 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1919 vom 18. Juni 1919, als Schadenersatz das Doppelte des zur Zeit der Festsetzung (Satz 2) geltenden Marktpreises oder, falls der von ihnen erzielte Verkaufspreis höher ist, zunächst diesen an die Reichsgetreidestelle zu zahlen. Die Höhe des hiernach zu zahlenden Betrags setzt die Amtshauptmannschaft — in Dresden der Rat, Lebensmittelamt — fest. Gegen die Entscheidung ist Beschwerde zulässig, über die die Kreishauptmannschaft endgültig entscheidet. Die Beitreibung erfolgt nach den Vorschriften über die Beitreibung öffentlicher Abgaben.

III. Allgemeines.

§ 8. Jeder Besitzer von beschlagnahmtem Brotgetreide oder beschlagnahmter Gerste, sowie von Hafer, Hülsenfrüchten und Buchweizen hat die Pflicht, der Amtshauptmannschaft — in Dresden der für seinen Betrieb örtlich zuständigen Wohlfahrtspolizeibezirks-Inspektion — mittels vorgeschriebenen Vordrucks anzuzeigen

a) den Ertrag der jeweils in einem Monat ausgedroschenen Mengen der bezeichneten Früchte,
b) den Ertrag des Gesamterdrusches jeder Fruchtart,
c) wieviel von Brotgetreide und Gerste nach § 5 unter I a, b und III ausgesondert worden ist.

§ 9. Derjenige, der Brotgetreide und Gerste oder daraus hergestellte Erzeugnisse außerhalb der behördlich geregelten Verteilung zum Zwecke der Weiterveräußerung erwirbt oder Verträge abschließt, die solchen Erwerb zum Gegenstand haben, hat hierüber binnen drei Tagen nach dem Erwerbe oder dem Vertragsabschluß der Amtshauptmannschaft — in Dresden dem Rate, Lebensmittelamt, Hauptstraße 5, II. — Anzeige zu erstatten.

Getreide und Mehl, das aus dem Auslande in den Kommunalverband Dresden und Umgebung eingeführt wird, sowie das aus ausländischem Getreide im Inlande hergestellte Mehl darf vom Einführenden nur an den Kommunalverband Dresden und Umgebung, Hauptstraße 5, II., abgesetzt werden. Jeder freihändige Verkauf an andere Stellen oder Personen wird untersagt.

IV. Strafvorschriften.

§ 10. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Bekanntmachung werden nach §§ 80 und 81 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1919 vom 18. Juni 1919 mit Gefängnis bis zu 5 Jahren und mit Geldstrafe bis zu 100 000 M. oder mit einer dieser Strafen bestraft. Der Versuch ist strafbar.

Bei vorsätzlichem Verschweigen, Beiseiteschaffen, Veräußern oder Verfüttern von Vorräten muß die Geldstrafe, wenn ausschließlich auf sie erkannt wird, mindestens dem dreifachen Werte der Vorräte gleichkommen, auf die sich die strafbare Handlung bezieht.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Früchte oder Erzeugnisse erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht, soweit sie nicht für verfallen erklärt worden sind.

Dresden, am 16. Juli 1919.

Der Kommunalverband Dresden und Umgebung.

Anzeigepflicht bei Veränderung von Brotfabriken, Bäckereien und Lebensmittelgeschäften, in denen mit Mehl, Brot oder Zucker gehandelt wird.

In Ausführung der Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 3. Juli 1919 — Sächsische Staatszeitung vom 9. Juli 1919 — wird für das Gebiet der Stadt Dresden folgendes bestimmt:

§ 1. Die nach § 1 der Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 3. Juli 1919 beim Verkauf eines der in der Ueberschrift genannten Geschäfte zu erstattende Anzeige ist an die Mehlbezirksstelle, Kreuzstraße 6, zu erstatten. In der Anzeige ist Tag und Stunde der Geschäftsübergabe anzugeben. Die genannte Stelle ordnet zur Uebernahme einen Beamten ab.

§ 2. Im übrigen bleiben die Bestimmungen der Bekanntmachung des Gemeindeverbandes Dresden und Umgebung vom 10. Januar 1919 über die Anzeigepflicht beim Verkauf von Brotfabriken und Bäckereien sowie Lebensmittelgeschäften, die mit Mehl oder Brot oder beiden Artikeln handeln, in Kraft.

§ 3. Zuwiderhandlungen werden nach der Bundesratsverordnung vom 25. September 1915 bestraft. [1322

Dresden, am 16. Juli 1919. **Der Rat zu Dresden.**

Verkauf von Heeresgut in Königsbrück.

In der Prinz-Georg-Kaserne, Geräteschuppen 7 in Königsbrück, sollen am 22. Juli, von 9 Uhr vormittags an, im Auftrage des Reichsverwertungsamtes, Landesstelle Sachsen, freigewordene Heeresgeräte und sonstige Gegenstände im öffentlichen Versteigerungsverfahren gegen Barzahlung verkauft werden.

Es kommen zum Verkauf:
Schreib- und Zeichenutensilien wie Farbenkasten, Lineale, Zeichenbretter, Reißschienen, Tuschnäpfe, Maßstäbe, Leitzordner, usw. Küchengeräte wie Fleischgabeln, Quirle, Kellen, Schaumlöffel, einige Schubkarren, Schottermulden, Schneeschaufeln, Besen. Geringe Mengen Eisenrohr, Formstücke, Stab-, Flach- und Rundeisen, glatter Draht, verzinkt und unverzinkt, Wagenlaternen, Sturmlaternen, Zinkeimer usw.

Ein Recht auf Erteilung des Zuschlages besteht nicht. Erteilung oder Versagung erfolgen ohne Angabe von Gründen nach freiem Ermessen des Beauftragten des Reichsverwertungsamtes.

Haftung für Mängel im Recht oder der Sache wird nicht übernommen.

Besichtigung ist in der Zeit vom 17. bis 19. Juli gestattet.

Mit der Erteilung des Zuschlages geht die Gefahr auf den Erwerber über. Die Abfuhr ist dessen Sache. Sie kann frühestens nach Schluß der Versteigerung erfolgen und muß spätestens bis 29. Juli 1919 beendet sein.

Die Bezahlung erfolgt nach den vom Reichsverwertungsamt, Landesstelle Sachsen, in der Sächsischen Staatszeitung vom 20. Juni 1919 Nr. 137 veröffentlichten Bedingungen.

[1817] **Reichsverwertungsamt, Landesstelle Sachsen.**

Verteilung von ausländischem Fett.

§ 1. Auf Abschnitte 5 und 6 der grauen Einfuhr-Zusatzkarte für ausländisches Schmalz werden zusammen

100 Gramm ausländisches Fett

verteilt.

§ 2. Die Abschnitte sind in einem zum Butter- und Margarinehandel zugelassenen Kleinhandelsgeschäft am 18. oder 19. Juli anzumelden und vom Geschäftsinhaber in der üblichen Weise aufzurechnen und verpackt bei einer der folgenden Meldestellen am 21. und 22. Juli 1919 abzugeben. Nachmeldungen sind ausgeschlossen.

§ 3. Meldestellen sind die Mitglieder der Butter- und Fettverteilungsgesellschaft, und zwar die Firmen:
Otto Anders, Wettinerstraße 28,
Georg Münch, Grunaer Straße 31,
Albert Rentner, Könneritzstraße 21,
Gustav Ricksmann, Schäferstraße 3
Slodmak & Sohn, Wettinerplatz 18 12,
Verkaufsverband Norddeutscher Molkereien, Querallee 17.

Die Meldestellen haben die Abschnitte am 24. Juli 1919 bei der Butter- und Fettverteilungsgesellschaft, Seestraße 4, IV., einzureichen.

§ 4. Der Verkauf erfolgt am 30. und 31. Juli 1919.

Die Abgabe vor diesem Zeitpunkt ist unzulässig.

§ 5. Der Preis beträgt bei der Abgabe an die Verbraucher für 100 Gramm 1,06 M., für 1 Pfund 5,30 M.

§ 6. Zuwiderhandlungen werden nach der Bundesratsverordnung vom 25. September 1915 bestraft. [1323

Dresden, am 16. Juli 1919. **Der Rat zu Dresden.**

Verteilung von Hafernährmitteln an Stelle von Kartoffeln.

Für das Gebiet der Stadt Dresden wird folgendes bestimmt:

§ 1. In der Woche vom 20. bis 26. Juli 1919 können keine Kartoffeln zur Ausgabe gelangen.

§ 2. An Stelle der ausfallenden Kartoffeln werden auf die Wochenkartoffelkarten A und B (Nummer 1 der Sammelkarte, 20. bis 26. Juli 1919)

700 Gramm Haferflocken (lose)

verteilt.

§ 3. Vereinslazarette, militärische Genesungsheime, Massenquartiere, Krankenhäuser und Kliniken erhalten beim Mehlbezirk Bezugsscheine über je 700 Gramm lose Haferflocken für jede zu verpflegende Person.

§ 4. Die Wochenkartoffelkarten und Bezugsscheine sind in einem Kleinhandelsgeschäft am 17. oder 18. Juli 1919 anzumelden und vom Geschäftsinhaber in der bisherigen Weise aufgerechnet und verpackt der zuständigen Meldestelle am 19. oder 21. Juli 1919 abzugeben. Nachmeldungen sind ausgeschlossen.

§ 5. Als Meldestellen sind eingerichtet:
für Geschäftsinhaber in Dresden-Altstadt die Firma Wachs & Flößner, Wallgäßchen 4,
für Geschäftsinhaber in Dresden-Neustadt die Firmen Rosack & Baldamus, Kleine Packhofstraße 3, Bramann & Co., Königsbrücker Straße 6.

§ 6. Die Abgabe an die Verbraucher hat Freitag den 25. Juli 1919 zu erfolgen. Eine Abgabe vor diesem Tage ist verboten.

§ 7. Der Preis bei der Abgabe an die Verbraucher beträgt 62 Pf. für 1 Pfund lose Haferflocken.

§ 8. Militärurlauber-Lebensmittelkarten sowie Kartoffelzusatzkarten für Kranke sind mit den durch sie nachgewiesenen Kartoffelmengen, Binnenschiffer-Lebensmittelkarten nach dem Satze von 5 Pfund Kartoffeln pro Kopf und Woche zu beliefern.

§ 9. Gastwirtschaften und dergleichen erhalten für die Woche vom 20. bis 26. Juli 1919 keine Kartoffeln zugewiesen.

§ 10. Zuwiderhandlungen werden auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September 1915 bestraft. [1323

Dresden, am 16. Juli 1919. **Der Rat zu Dresden.**

Belieferung der Binnenschiffer mit Auslandslebensmitteln.

Für das Gebiet der Stadt Dresden wird folgendes bestimmt:
§ 3 der Bekanntmachung vom 30. April 1919 wird aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersetzt:

§ 3. Der Preis bei der Abgabe an die Verbraucher beträgt
63 Pf. für 50 Gramm ausländisches Schmalz
25 Pf. für 50 Gramm Margarine
96 Pf. für 120 Gramm ausländisches Fleisch (Speck)
41 Pf. für 250 Gramm ausländisches Mehl
16 Pf. für 250 Gramm Kriegs-inländisches Weizenmehl.

Als § 3a wird neu eingefügt:

§ 3a. Fleischselbstversorger haben keinen Anspruch auf ausländisches Fleisch (Speck). [1323

Dresden, am 16. Juli 1919. **Der Rat zu Dresden.**

Fleischverteilung im Bezirke der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt in der Woche vom 14. Juli bis 20. Juli 1919.

Für die Woche vom 14. Juli bis 20. Juli 1919 sind im amtshauptmannschaftlichen Bezirke der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt, abgesehen von dem schon verteilten ausländischen Schweinefleisch, überwiesen:

a) für Personen über 6 Jahre:
150 Gramm Fleischkonserven
b) für Personen unter 6 Jahren:
75 Gramm Fleischkonserven.

Die Fleischkonserven werden Sonnabend den 19. Juli ausgegeben.

Als Kleinhandelspreis für die Fleischkonserven wird festgesetzt:
für 1 Pfund 6,23 Mark,
für 150 Gramm 1,90 Mark.

Dresden-Altstadt, den 16. Juli 1919. [741

Die Amtshauptmannschaft.

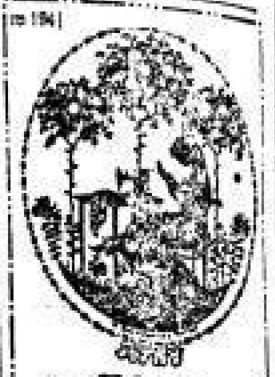
Dresdner Obstmarkt

Achtung! Billige Tage! Achtung!

Vorzügl. Rote-Rüben-Salat in Essig, tafelfertig 1 Pfund 35 Pf., bei 10 Pfund 3 M. [1181

Rotkraut, in ¼-Köpf. ab. gerichtet	1 Pfd.	35 Pf.	10 Pfd.	3 M.
Wirsingkohl	1 "	35 "	10 "	3 "
Weißkraut	1 "	25 "	10 "	2 "
Neue Möhren	1 "	45 "	10 "	4 "
Schnittbohnen	1 Pfd.	0.75 M.	10 Pfd.	7 M.
Geb. Pflaumen	1 "	4.50 "	10 "	40 "

Prager Str. 18 :: Wilsdruffer Str. 52

[18 104]

Pfaff-Nähmaschinen
bekannte, höchstmoderne Ausführung in vorzüglichen Möbelausführungen sehr vorteilh. wieder lieferbar.
Schmelzer
Ziegelstr. 18, An d. Frauenkirche 20.

Kaufe
23 I. Webergasse 23 I. Tel. 12530
alte, auch zerbrochene
Gebisse
zahle pro Zahn 60 Pf.,
Brennstifte, Platin, Gr. 7.50, alt. Gold u. Silb.,
2-Mark-Stücke
alte Taler [130
Münzsammlungen
ausländ. Goldmünzen kauft zu höchsten Preisen Sandmann, Webergasse 23, I. Tel. 12530.

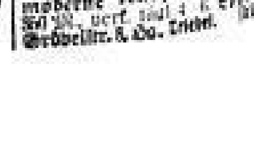
Zeichenpapiere
in Bogen und Rollen
für Werkstatt, Büro Atelier u. Schulbedarf
hervorragende Qualität äußerste Grossopreise
Paus- u. Lichtpauspapiere
Reißbretter Reißzeuge
aller Zeichenbedarf
M. & R. Zocher
Dr.-Plauensche Str. 21
Fernruf 25 331

Badewannen Badeöfen
alle Arten und Größen
Waschbretter
mit starker Zinkeinlage
nur 4.75 Mark [1184
Otto Graichen
Trompeterstr. 15
Zentral-Theater-Passage.

Arthur Singer Dresden-A. 1
Johannesstr. 17, Tel. 14118
übernimmt
Möbeltransporte
in der Stadt, nach und von auswärts sowie die Einlagerung von Möbeln in einz. Zimmern. [67

Strohhüte
die neuesten Sommerformen.
Moderne Westen Spazierstöcke
Hosenträger Sockenhalter Loden-Wickelgamaschen. [231]
Kamerhuis
31 Prager Straße 31 Herren-Artikel

+ Frauen +
bei Monatsbeschwerden, Menstruationsstörungen ...
Kurt ..., ... Str. 11


Einz. Räder, Spielwarenfahrzeuge, ... billig bei ...
Mehrere Küchen ... moderne ...

Sächsische Angelegenheiten.

Die sächsische Regierungskrise und die Unabhängigen.

In einer Leipziger Parteiversammlung sprach Lipinski über die politische Lage und die Regierungsbildung in Sachsen. Dabei führte er nach der Leipziger Volkszeitung über die Frage, wie sich die politische Lage in Sachsen nach der Ablehnung der Beteiligung der Unabhängigen an der Regierung weitergestalten könne, aus:

„Blieben die Rechtssozialisten allein in der Regierung, könnten sie sich auf keine Mehrheit in der Kammer stützen und es könnte in kürze zu einer Auflösung der Kammer kommen. Nach den bisher bei den Nachwahlen gemachten Erfahrungen würde dann wahrscheinlich die rechtssozialistische Fraktion schwächer, die unabhängige Fraktion stärker in die Volkskammer einziehen. Aber die Unabhängigen würden auch dann gezwungen sein, mit den Rechtssozialisten zusammenzuarbeiten und mit ihnen die Regierung zu bilden. Es werde also an der ganzen Situation nichts geändert sein. Jetzt hätten die Rechtssozialisten erklärt, auf die Bedingungen der Unabhängigen nicht eingehen zu können. Da auch die Demokraten erklären, bei der ungeklärten Lage im Reiche kein Interesse an der Teilnahme an der Regierung mehr zu haben, sei die Umbildung der Regierung nur vertagt. Die Parteileitung habe nun für den 10. August eine Landeskonferenz der U. S. P. nach Leipzig einberufen, um diese über die Frage entscheiden zu lassen. Zusammenfassend betonte der Redner zum Schluß, es handle sich jetzt um die Entscheidung, ob wir die Arbeiterklasse in Sachsen ohne Aufgabe unserer Grundsätze zusammenfassen könnten, um auf dem Wege zum Sozialismus vorwärts zu kommen, oder ob die Selbstzerfleischung der Arbeiterschaft zum Nutzen der Bourgeoisie fortgesetzt werden solle."

Das ist tatsächlich der springende Punkt. An den Unabhängigen wird es liegen, ob sie mit uns dieser Selbstzerfleischung der Arbeiterschaft entgegenarbeiten oder ob sie die deutsche Arbeiterbewegung weiter in Grund und Boden reiten wollen. Dazu würden sie beitragen, wenn sie sich folgende in der Leipziger Versammlung eingebrachte Entschließung zur Richtschnur nehmen würden:

„Die am 15. Juli im Zoo versammelten Parteigenossen von Groß-Leipzig lehnen eine Regierungsbildung der U. S. P. in Sachsen mit den Rechtssozialisten grundsätzlich ab. Sie stehen nach wie vor auf dem Standpunkte, daß das Proletariat die zur wirtschaftlichen Umwälzung notwendige politische Macht nur erringen kann durch die geradlinige Verfolgung des Rätesystems, dessen letzte Konsequenz die Diktatur des Proletariats ist."

Mit der Versammlung wurde auch die Abstimmung über diese Entschließung vertagt. Es muß also noch abgewartet werden, ob die bessere Einsicht Lipinskis oder die aus der Entschließung sprechende grundsätzlich unduldsame und ganz ins spartakistische Lager leitende Strömung den Sieg davontragen wird.

Die Chemnitzer Volksstimme redet den Unabhängigen wie folgt ins Gewissen: Treiben die Unabhängigen weiter eine so blöde und damit unfruchtbare Starrsinnspolitik und tun bei etwaigen Neuwahlen wieder ihr möglichstes, um die Arbeiter gegeneinander aufzuhetzen, und liefern die Kommunisten durch Wahlenthaltung die Arbeiterklasse ebenso der Reaktion aus, wie sie es bei der Nationalversammlungswahl im Reich getan haben, dann könnte auch bei der kommenden Volkskammerwahl vielleicht das geschlossene Bürgertum über das zerklüftete sächsische Proletariat siegen. Die Verantwortung vor der Arbeiterschaft hätten dann einzig und allein die Unabhängigen. Vielleicht durchschauen die sächsischen Arbeiter recht bald, wohin die Reise gehen kann und lassen den Herrschaften von der Unabhängigen Partei die gebührende Würdigung zuteil werden.

Eine außerordentliche Landesversammlung der sächsischen Unabhängigen

zur Klärung der politischen Situation wurde vom Landesvorstand der U. S. P. Sachsens im Einverständnis mit der am 11. Juli abgehaltenen Landeskonferenz für den 10. und 11. August nach Leipzig einberufen. Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht des Landesvorstandes, 2. Bericht der Volkskammerfraktion, 3. Die politische Lage im Reich und in Sachsen: a) Die Regierungsbildung, b) Das Rätesystem, 4. Bestimmung der Bezirksleitung, die die Geschäfte des Landesvorstandes für das laufende Geschäftsjahr übernimmt.

Neue Kohlenpreiserhöhung.

Der Förder- und Verkaufsverband der Zwickauer und Lugau-Oelsnitzer Steinkohlenwerke hat ein Rundschreiben versandt, in dem es heißt, daß die am 1. Juli 1919 eingetretenen erheblichen Lohnerhöhungen nach den mit der Regierung und den Arbeitervertretern gepflogenen Verhandlungen zwar in erster Linie durch eine Erhöhung der Arbeitsleistung ausgeglichen werden sollte. Da es jedoch zweifelhaft sei, ob dieses Ziel auch nur teilweise erreicht werde, sei damit zu rechnen, daß zur Deckung der Mehrlöhne eine mehr oder minder erhebliche Preiserhöhung notwendig sein würde, über deren Ausmaß die Regierung zu befinden habe.

Verschärfte Autokontrollen.

(N.) Da die Automobilisten sich trotz allen Warnungen auf dem Wege des Schleichhandels weiter Benzol und Pneumatiks zu Wucherpreisen beschaffen und damit die Aufrechterhaltung des für die Lebensmittelzufuhr und die Freiwilligenkorps nötigen Kraftwagenverkehrs gefährden, werden jetzt besonders scharfe Kontrollen eingeführt werden. Die Automobilisten werden sich den Beamten gegenüber nicht nur auf die ordnungsmäßige Zulassung ihrer Wagen zu legitimieren haben, sondern sie werden auch den Nachweis über die Herkunft von Betriebsstoffen und Reifen führen müssen. Besitzern von Wagen, die auf Vergnügungsfahrten betroffen werden, droht sofortige Entziehung der Fahrerlaubnis. Es ist deshalb allen Automobilbesitzern anzuraten, ihre Wagen ausschließlich für Geschäftszwecke zu benutzen und zur Vermeidung von Weiterungen von unerlaubten Fahrten mit Damen, Angehörigen usw. abzusehen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Auf dem Rittergute Krebs bei Pirna traten gestern früh die Landarbeiter in den Ausstand. — Der Sächsische Bauernbund, der Zweig des Bundes der Landwirte im Freistaat Sachsen, gedenkt vom 1. Oktober an ein eigenes Wochenblatt, die Sächsische Bauernzeitung, herauszugeben. — In die Pressestelle der Staatskanzlei wurde wieder ein Nichtjournalist, der Regierungsamtmann Dr. Pfotenhauer von der Amtshauptmannschaft Flöha, berufen.

Stadt-Chronik.

Verkehrstechnische Unzulänglichkeiten in Dresden

III.

Die Dresdner Straßenbahn ist ein Kapitel für sich. Es interessiert keinen Menschen, ob er mit einem Kurs- oder Sonderwagen befördert wird, wohl aber will er wissen, wohin der Wagen fährt. Zu gewissen Tagesstunden kommt aber an einigen Knotenpunkten Wagen um Wagen mit leerem Nummern- und Stirnschild angerutscht und der Wartende sieht nur, daß es ein Sonderwagen ist. Eine solche Verkennung der Bedürfnisse des Publikums muß als außerordentlich bezeichnet werden. Eine alte Frau rief kürzlich am Neustädter Markt — inmitten der ratenden Menge, wohin der ankommende Sonderwagen wohl fahren würde — ganz glücklich: „Den Führer kenn' ich, der fährt immer noch Löbte!" und stieg ein. Die hatte Dusel.

Im Innern der Wagen hängen zwei Tafeln, von denen die vorn befindliche merkwürdigerweise besagt, woher der Wagen kommt, und die hintere, wohin er fährt. Anscheinend war aber der maßgebenden Instanz die Sache selbst nicht ganz geheuer, denn die Tafeln sind auch noch mit einem zweifelbeseitigenden Pfeil versehen. Eine verwürgte Logik! Würde das vornhängende Schild das Ziel und das hintere den Ausgangspunkt angeben, so wären auch ohne die Pfeile keine Zweifel möglich.

In andern Städten liest man am vordern Stirnschild, wohin der Wagen fährt und am hintern, woher er kommt. Einmal findet dadurch eine vermehrte Unterrichtung des Publikums statt und zum andern brauchten an den Endstationen die Schilder nicht gekippt zu werden — es sei denn eine Schleife vorhanden. Hier liest man am hintern Schild manchmal, wohin der Wagen fährt und an den Endstationen müssen beide Schilder gekippt werden. Die Dresdner Wagen müssen also eine Kippvorrichtung haben. Immer möglichst kompliziert!

Die Schaffner wissen die Abfahrtszeiten der ersten und letzten Wagen ihrer Linie selten auswendig. Zum Nachsehen im Fahrplan haben sie aber meistens keine Zeit. Deshalb ist die Anbringung von Tafeln mit diesen Angaben über den Türen zu empfehlen.

In den Wagen fehlt ferner ein Linienplan, der angibt, an welchen Haltestellen andre Linien gekreuzt werden. Ein großer Teil des Publikums könnte sich dann selber orientieren.

Auch die Linienführung könnte, trotzdem manche Unbegreiflichkeit in der historischen Entwicklung des Dresdner Straßenbahnwesens begründet ist und folglich nicht der jetzigen Direktion zur Last gelegt werden kann, dennoch wesentlich verbessert werden. Von den verschiedenen unnötigen Umwegen und peripherischen Linienführungen soll gar nicht geredet, sondern nur auf die — mit Einschluß der Sonderwagen — unverhältnismäßig große Zahl der Halbmesserlinien hingewiesen werden. Jeder Fachmann weiß, daß Halbmesserlinien sich im Verhältnis wenig oder gar nicht rentieren, während die Durchmesserlinien sich gut verzinsen. Diese Erkenntnis war z. B. wesentlich mitbestimmend für den Bau des kostspieligen Tunnels „Unter den Linden" in Berlin, um einige Halbmesserlinien zu Durchmesserlinien vereinigen zu können. In Dresden sind keine Hindernisse vorhanden, und folglich ist es nicht recht erfindlich, warum die Straßenbahndirektion sich nicht die Berliner Erfahrungen zunutze macht.

Die Aussichten in der Dresdner Lebensmittelversorgung.

In der gestrigen Pressebesprechung im städtischen Lebensmittelamt wurde zunächst über den Stand der

Kartoffelversorgung

berichtet. Die Eingänge an Inlandskartoffeln haben mit dem Fortschreiten der Jahreszeit vollständig aufgehört. Bisher hat man sich aber noch mit Auslandskartoffeln geholfen, doch ist in deren Anlieferung durch die letzten Eisenbahnerstreiks eine wesentliche Stockung eingetreten, infolgedessen auch in der Belieferung seitens der Stadt eine Verzögerung eingetreten ist. Die Sonderverteilung von der vorigen Woche wird jedoch in den nächsten Tagen durchgeführt sein. Die ersten Frühkartoffeln, die immer aus der Magdeburger Gegend zu kommen pflegen, sind nicht vor dem 1. August zu erwarten, da sich die Ernte infolge der ungünstigen Witterung um acht Tage hinausschiebt, und auch dann werden zunächst nur 1 oder 2 Pfund zur Verteilung gelangen. Für die an der 5-Pfund-Wochenration fehlende Menge soll es 140 Gramm Mehl oder Nährmittel als Ersatz geben. In der nächsten Woche gibt es gar keine Kartoffeln, dafür 700 Gramm Hafernährmittel. Der Preis für die Frühkartoffeln dürfte sich voraussichtlich auf 18 bis 20 Pfennig für das Pfund stellen. — Zu der

Brotpreiserhöhung

hat den äußeren Anstoß die Erhöhung der Bäckergesellenlöhne gegeben; diese ist auch die Hauptursache der Brotverteuerung. Der Preis für das durch den Reichszuschuß verbilligte Auslandsmehl ist nochmals kalkuliert worden und wird sich von der neunten Verteilung an auf nur noch 82 Pfennig für das Pfund stellen. Für die kommenden Sonnabend stattfindende Mehlverteilung gilt aber noch der alte Preis von 85 Pfennig. — Im Publikum erwartet man vielfach noch immer den schon längst in Aussicht gestellten

amerikanischen Speck,

man ist entrüstet darüber, daß es noch zu keiner Verteilung gekommen ist, und hat dabei vollständig übersehen, daß das schon mehrfach zur Verteilung gelangte amerikanische Pökelschweinefleisch mit dem amerikanischen Speck identisch ist. Bei uns in Deutschland nennt man solche Ware bloß nicht Speck, weil das Fleisch durchwachsen ist. Das Pökelschweinefleisch wird voraussichtlich in dem bisherigen Maßstabe auch weiter verteilt werden können. — Geklagt wurde über den

hohen Preis des Büchsenfleisches

(6,20 M. das Pfund). Dieses stellt sich, obwohl die Güte manchmal

---

Professor Unrat.

46] Roman von Heinrich Mann.

Es waren alles jüngere Leute, und die meisten hatten zum Stammpublikum im Blauen Engel gehört. So lange sie in geringer Zahl waren, betrugen sie sich, unfähig, in einen rein menschlichen Verkehr mit Unrat sich hineinzufinden, scheu und frech; ulkten hinter seinem Rücken und fielen, wenn sie für ihre Witze einstehen sollten, in schülerhafte Demut zurück. Dann vermehrten sie sich, und der einzelne ward zum unverantwortlichen Zuschauer. Keine Vertraulichkeit fälschte mehr die Stimmung. Es war, als sei Unrat mit seiner Truppe einfach in ein kleineres Lokal übergesiedelt, wo man mit den Damen bequemer verkehren konnte. Dazu ward hier später geschlossen, und immer erst, wenn man freiwillig wegging. Einmal, als nur noch wenige da waren, bestimmte Lorenzen sie zu einem Bakkarat. Unrat bekundete Neugier, ließ sich das Spiel erklären, und übernahm, als er es begriffen hatte, die Bank. Er gewann. Sobald dies aufhörte, gab er die Bank ab. Lorenzen fühlte sich, als Anreger der Partie, dazu gedrängt, Leben hineinzubringen. Er entnahm seiner Brieftasche Hundertmarkscheine in rascher Folge. Mehrere bekamen rote Köpfe und bedauerten einmal über das andre, nicht mehr Geld zu sich gesteckt zu haben. Der Bankier war wieder im Glück. Die Künstlerin Fröhlich glitt hinter ihren Mann und raunte:

„Siehste woll? Was hast du denn die Bank nich behalten, oller Dussel."

Unrat erwiderte:

„Der Hut im Preise von achtzig Mark ist dein, meine Liebe. Auch bin ich in der Lage, dem Restaurateur Zebbelin vorläufig den Mund zu stopfen. Mag's damit genug sein."

Er sah gelassen den Lorenzschen Banknoten nach, die nicht er selbst einsteckte. Worauf es ankam: Der Schüler Lorenzen verlor sie; und Unrat rascheren Atems fühlte sich auf dem von unterirdischem Beben leise erschütterten Weg zum Triumph. Als Lorenzen schließlich ernüchtert und mit einfältigem Gesicht in seine leere Brieftasche glotzte, ging Unrat auf ihn zu und versetzte:

„Mag's denn genug sein für heute, Lorenzen, mit unsrer griechischen Stunde."

Bald sickerte durch die Stadt die Kunde, daß bei Unrats Orgien gefeiert würden. Die Herren an der Börse und im Klub, an den Stammtischen, in den Kontoren erhielten durch einige Unverheiratete saftig übertriebene Schilderungen. Leichte Echos davon trugen sie in ihre Familien, und die Ehefrauen wisperten und wollten mehr wissen. Was denn der Kanaan sei, den die Unrat gelangt haben sollte. Der Gatte vermochte es nicht hinlänglich zu erklären; und so stellten sie sich darunter irgendeine alle menschlichen Kräfte übersteigende Unzucht vor. Und dann das Spiel, das bei Unrats üblich sein sollte: ein Pfänderspiel. Mehrere Paare mußten sich auf den Fußboden legen unter eine große Decke, alle in einer Reihe, und immer ein Herr neben eine Dame. Sie lagen bis an den Hals zugedeckt, und solange die Decke sich nicht bewegte, ging es niemand etwas an, was darunter geschah. Bewegte sie sich aber, mußte derjenige ein Pfand geben, oder diejenigen. Dieses Spiel übte in der Stadt einen sagenhaften Reiz. Dunkle Berichte davon drangen in die Kreise der jungen Mädchen: und stundenlang sannen sie miteinander darüber nach, die Augen voll erschrockener Neugier. Außerdem wollten sie wissen, daß bei Unrats die Damen zuweilen mit ganz entblößtem Oberkörper erschienen. „Wie unglaublich unpassend!" Aber komisch mußte es sein.

Lorenzen brachte einige Offiziere mit, die den Wein für ihre Messe bei ihm kauften; darunter Leutnant von Gierschke. Assessor Knust war einer der ersten aus der feinen bürgerlichen Gesellschaft, die sich einstellten. Er trat in nachdrücklichen Wettbewerb mit dem jungen Oberlehrer Richter bei der Künstlerin Fröhlich. Richter war endlich verlobt mit dem Mädchen aus reicher, Oberlehrern sonst unzugänglicher Familie; und der Bräutigamsstand bekam ihm schlecht. Er ward reizbar, genußsüchtig, verlor leicht seinen sonst so gesetzten Beamtenkopf. Er verspielte, hingerissen durch das Beispiel Lorenzens, im Hause Unrat mehrere seiner Monatsgehälter an einem Abend, ging blöde Wetten ein, vergaß in der Hitze seiner Werbungen um die Hausfrau alle Zurückhaltung. Im Lehrerzimmer fielen böse Andeutungen über seinen Verkehr bei dem, einen Schandfleck des Standes darstellenden Unrat.

Unrat hatte, wie das Spielglück es brachte, Höhen oder Tiefen. Einmal erhielt die Künstlerin Fröhlich einen Chinchillapelz für tausend Mark, und ihr bunter Kopf kam prickelnd heraus aus dem grauen, langhaarigen Fell. Dann wieder mußte Unrat, wenn die Gäste eintrafen, sich ins Bett stecken und krank sagen lassen, weil kein einziger Restaurateur mehr etwas zu essen schicken wollte. Tags darauf ging er hin und hielt den Leuten vor, daß sie von einer Katastrophe keinesfalls etwas zu hoffen hätten. Sie konnten sich der Einsicht nicht entziehen und verlängerten den Kredit, bis Unrat wieder gewonnen haben würde.

Die Künstlerin Fröhlich pointierte nur selten, und dann hörte sie nicht früher auf, als bis alles dahin war. Eines Abends aber suchte ein so wolkenloses Glück sie heim, daß ihr Gegner, Lorenzen, sich zurückziehen mußte . . . Er war sehr blaß und verschwand, indem er Drohungen ausstieß. Die Künstlerin Fröhlich saß da, überwältigt wie ein Kind nach der Bescherung und hielt in kraftlosen Händen Papier und Gold. Man erbot sich, plötzlich sehr achtungsvoll, es ihr zusammenzuzählen; und es waren mehr als zwölftausend Mark. Sie sagte nur, sie wolle schlafen gehen. Und mit Unrat allein geblieben, die Augen voll Fieber, und mit einem süßen, halb versagenden Stimmchen:

„Nu hat Mimi wieder 'ne Mitgift. Die Anhängsel und Feststeckel haben wir alle drangeben müssen, aber nu hat sie doch wieder eine und braucht es nicht so zu machen als wie ich."

Aber schon am frühen Morgen ward das Haus gestürmt von Gläubigern, die Geld witterten; und ob die Künstlerin Fröhlich die Mitgift ihres Kindes auch mit ihrem Leibe deckte, sie entrissen sie ihr.

Andererseits verbreitete sich das Gerücht, der Weinhändler Lorenzen stelle seine Zahlungen ein. Unrat lief sofort nach Erkundigungen, und wie er zurückkam, war er bleich, feucht, und konnte kein Wort hervorbringen. Schließlich, schnappend, mit klappenden Kiefern:

„Er macht Bankrott. Der Schüler Lorenzen macht Bankrott!"

„Was ich mir dafür kaufe," erwiderte die Künstlerin Fröhlich, auf der Ottomane zusammengesunken und mit den Händen schaukelnd zwischen den Knien.

„Der Schüler Lorenzen macht Bankrott," wiederholte Unrat. „Der Schüler Lorenzen liegt zerschmettert am Erdboden und wird sich nicht wieder erheben. Seine Laufbahn ist — traun fürwahr — jäh beendet."

Er redete ganz leise, als fürchtete er, vom eignen Jubel gesprengt zu werden.

„Was hast du davon. Mimi ihre Mitgift sind wir los."

„Der Schüler Lorenzen ist nun gefaßt worden. Diesmal ist es mir gelungen, ihn zu fassen und ihn seinem wohlverdienten Schicksal auszuliefern."

Sie sah ihn umherstreichen, als sei er verwirrt. Seine Hände zitterten an Gegenständen, die zu berühren er sich nicht bewußt war. Sie äußerte noch mehreres und hörte ihn immer nur bebend hinhauchen:

„Der Schüler Lorenzen liegt zerschmettert am Erdboden."

Allmählich zog sein Benehmen sie an. Seine viel stärkere Seelenbewegung fuhr über ihre hin und löschte sie aus. Sie verlor ihren Kummer aus dem Sinn, sah ihrem Mann starr nach, undeutlich erschrocken über diese Leidenschaft, als sei sie ein auf Unrats Grunde immer sprungbereiter Wahnsinn; und dabei bezwungen und ihrem alten Unrat mit einem süßen Schaudern fester verbunden grade durch sie, durch diese Leidenschaft, durch diese gewalttätige und gefährliche Sache.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190717/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

zu wünschen übrig läßt, erheblich teurer als das verbilligte Auslandsfleisch. Es wurde darauf hingewiesen, daß die beabsichtigte Wirkung der Reichsmaßnahme ausbleiben muß, wenn nur für einige ausländische Lebensmittel eine Verbilligung eintritt, im übrigen aber und insbesondere für sehr wichtige Nahrungsmittel die jetzigen unerhört hohen Preise bestehen bleiben. Es besteht also die größte Gefahr, daß die ganze Aktion des Reiches wirkungslos verpufft und die für die Monate Juli bis Ende September bewilligten 1½ Milliarden zum Fenster hinausgeworfen werden. Darauf wurde erwidert, daß das Büchsenfleisch vom Viehhandelsverband auf Anordnung der Landesfleischstelle zugewiesen wird. Woher es stammt, konnte nicht gesagt werden. Das Publikum ist nur zur Abnahme einwandfreien Büchsenfleisches verpflichtet, da den Fleischern für mangelhafte Ware Ersatz geliefert wird. Der Preis sei genau kalkuliert, die Stadt verdiene dabei nichts. Zur Verbilligung der übrigen wichtigen Lebensmittel würden Riesensummen erforderlich sein, die ein einzelner Kommunalverband nicht aufzubringen vermöchte. (Das könnte natürlich auch nur durch das Reich geschehen und der dadurch entstehende Aufwand müßte in Form erhöhter Steuern wieder aufgebracht werden.) — Infolge der nassen Witterung ist die Milcherzeugung und damit auch die Milchzufuhr nach Dresden stark zurückgegangen.

In den nächsten Tagen wird daher eine Kürzung der Vollmilchkarten in der Weise eintreten müssen, daß die Kinder von 1 und 2 Jahren und die stillenden Mütter nur ¾ Liter Vollmilch erhalten. Während der heißen Jahreszeit ist es ferner unausbleiblich, daß ein Teil der Milch vor Abgabe an die Verbraucher sauer wird. Die Milchhändler sind streng angewiesen, die Vollmilchkarten für Säuglinge, stillende Mütter und Kranke auf jeden Fall mit einwandfreier süßer Milch zu beliefern.

Die Kehrseite der kommunalen Lebensmittelversorgung.

Die Belieferung des Bezirks der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt mit Seefischen und Salzheringen führte am Mittwoch im Bezirksausschuß zu längeren Debatten. Für den Bezirk sind 200 Zentner Klippfisch eingetroffen, deren Abnahme von vielen Gemeinden wegen des hohen Preises verweigert wird. Der Preis stellt sich nämlich auf 4,80 M. für das Pfund, während er in der Stadt Dresden z. B. für 2,40 M. verkauft wird. Für den hohen Preis werden die ungünstigen Transport- und Verkehrsverhältnisse, die Streiks usw. verantwortlich gemacht. Der Bezirk sitzt nun mit den teuren Fischen da und weiß nicht, was er damit anfangen soll. Aehnlich wie mit dem Klippfisch liegen auch die Verhältnisse bei den Salzheringen, von denen ebenfalls größere Mengen eingetroffen sind. Auch hier ist der hohe Preis — ein kleiner Hering kostet 1,20 M.! — dem Absatze hinderlich. Für den Bezirk stehen mehrere Hunderttausend Mark auf dem Spiele!

Thomas, Bannewitz, vom Arbeiterrat hielt es für gänzlich ausgeschlossen, daß die Heringe bei einem derart hohen Preise abgesetzt werden würden, zumal es augenblicklich wenig oder gar keine Kartoffeln mehr gäbe. Trotzdem war er für Abnahme der Heringe seitens des Bezirks, da die Nachfrage wieder steigen würde, wenn wieder Kartoffeln vorhanden seien. Was den Klippfisch anbetrifft, so empfehle er die Bewilligung von 20 000 M. aus der Bezirkskasse, mit deren Hilfe der Preis herabgesetzt werden müsse. Im andern Falle würde der Bezirk einen noch viel größeren Schaden erleiden. Nach seiner Ansicht müßte, soweit es sich um Seefische handelt, auf einen alsbaldigen Abbau der Kriegswirtschaft und Zulassung des freien Handels hingearbeitet werden, denn es handle sich um eine leicht verderbliche Ware, die möglichst bald wieder in sachverständige Hände übergehen sollte.

Der Amtshauptmann erinnerte daran, daß dem Bezirk bekanntlich teure Kartoffeln zum Preise von 40 M. für den Zentner angeboten waren, der Bezirksausschuß aber beschlossen hatte, vom Ankauf abzusehen und nur für die Gemeinden zu vermitteln. Von einzelnen Gemeinden des Bezirks seien darauf zusammen 1700 Zentner bestellt worden. Die Reichskartoffelstelle hätte indessen verfügt, daß für alle Gemeinden des Bezirks Kartoffeln abgenommen werden müßten, da sonst Ersatz für das fehlende Quantum Kartoffeln in Form von Mehl, Hülsenfrüchten usw. nicht gewährt werde. Infolgedessen seien noch 3000 Zentner, im ganzen also 4700 Zentner bestellt worden. 3000 Zentner seien bereits eingetroffen und auch glatt abgenommen worden. Da es also wieder Kartoffeln gäbe, dürften auch die Heringe wieder besser gehen.

Ein Vertreter aus Rabenau meinte, mit 20 000 M. sei beim Klippfisch nichts zu machen. Die Stunde mit dem Klippfisch habe geschlagen. Er sei dafür, daß der Klippfisch zu jedem Preis abgesetzt werde. Im andern Falle müßten die Gemeinden den Verlust tragen, die dann wieder mit Gesuchen um Beihilfen an den Bezirk herantreten würden.

Herr Häßner machte noch darauf aufmerksam, daß alle Gemeinden und Bezirke mit Klippfisch überreichlich eingedeckt seien, so daß es kaum gelingen würde, die Ware noch anderweit los zu werden.

Es wurde schließlich beschlossen, für die 200 Zentner Klippfische, die in Frage kommen, je 200 M. für den Zentner, auf die Bezirkskasse zwecks Verbilligung des Klippfisches zur Verfügung zu stellen, im ganzen also 40 000 M. Der Preis würde dadurch auf 2,80 M. für das Pfund herabgedrückt werden. Falls der Dresdener Preis erreicht werden soll, müssen eben die Gemeinden noch etwas zulegen. Das Angebot der Einkaufsgesellschaft Ostsachsen von 881 Zentner Salzheringen soll akzeptiert werden, unter der Voraussetzung, daß es sich um einwandfreie Ware handelt. Bezüglich der Fischversorgung im allgemeinen wurde der Beschluß gefaßt, die Hauptverteilung Herrn Häßner auch weiter zu belassen, indessen auf einen alsbaldigen Abbau der Zwangswirtschaft zuzukommen.

Mangel an Kleingeld.

Ueberall, in den Geschäften, auf der Straßenbahn, an allen öffentlichen Kassen, macht sich der Mangel an Kleingeld immer mehr fühlbar. Ueberall wird vom Publikum verlangt, das Geld abgezählt bereitzuhalten. In der Zeit des Papiergeldes ist dies aber nur in den seltensten Fällen möglich. Auffälligerweise ist besonders Kupfer aus dem öffentlichen Verkehr fast gänzlich verschwunden. Mit Nickel ist es nicht viel besser.

Durch den Mangel an Kleingeld entstehen nun täglich tausenderlei Mißhelligkeiten zwischen den einzelnen Volkskreisen. So kommt es z. B. auf der Straßenbahn zwischen Schaffnern und Fahrgästen täglich zu mehr oder weniger unliebsamen Auseinandersetzungen. Die Arbeiter, die frühzeitig die ersten Straßenbahnwagen benutzen müssen, um zur Arbeitsstätte zu gelangen, haben oft nicht das nötige Kleingeld. Auf einen 50-Pfennig- oder Mark-Schein können die Schaffner vielfach nicht herausgeben. Die Schaffner sind nach ihrer Instruktion angewiesen, keinen Fahrgast ohne Fahrschein mitzunehmen. Infolgedessen sind sie gezwungen, den Fahrgast an der nächsten Haltestelle wieder abzusetzen. Obwohl der Fahrgast bezahlen will, muß er absteigen, da er nicht das nötige Kleingeld besitzt.

Der Grund zu all diesen unliebsamen kleinen Streitereien liegt lediglich in dem allgemeinen Mangel an Kleingeld. Die Straßenbahndirektion müßte sich bemühen, diesen Uebelstand zu beseitigen. Sollte es nicht möglich sein, jedem Schaffner vor Antritt seiner ersten Fahrt ein Wechselgeld in beliebiger Höhe auszuhändigen, so möchte die Straßenbahndirektion die Einführung von Blechmarken in Erwägung ziehen, die beim Publikum Geltung und Zahlungswert haben müßten. In Breslau hat sich diese Methode bereits bewährt.

Erhöhung der Familienunterstützungssätze.

Das Ministerium des Innern hatte durch Verordnung vom 14. Juni darauf hingewiesen, daß die Familienunterstützungssätze für Angehörige von Gefangenen, Vermißten und den Hinterbliebenen von Gefallenen bei den meisten Lieferungsverbänden unzureichend seien und der Aufbesserung bedürften. Nachdem schon die Nachbarverbände ihre Unterstützungssätze wesentlich erhöht haben, hat jetzt auch die Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt mit Zustimmung des Bezirksausschusses beschlossen, den monatlichen Zuschuß um 15 Mark für Ehefrauen und um 5 Mark für Kinder und sonstige Unterstützungsberechtigte zu erhöhen, so daß sich künftig die Unterstützung für die Ehefrau einschließlich des Reichszuschusses auf 65 Mark und für die übrigen Unterstützungsberechtigten auf 50 Mark stellen wird. Zu unterstützen sind gegenwärtig noch im Bezirk 738 Ehefrauen, über 1000 Kinder und mehrere hundert andre Versorgungsberechtigte. Die Erhöhung hat rückwirkende Kraft ab 1. Juli 1919. — Bei den Kriegerwitwen und -waisen, die jetzt schon Hinterbliebenenrenten beziehen, werden bei Berechnung der Renten künftig die neuen Unterstützungssätze zugrunde gelegt.

Die Kosten des Arbeiter- und Soldatenrats Groß-Dresdens

belaufen sich, wie in der Bezirksausschußsitzung der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt mitgeteilt wurde, auf über 100 000 M. Davon entfallen auf den Bezirk der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt nach der Einwohnerzahl reichlich 18 300 M. Der Bezirksausschuß hat schon früher dagegen protestiert, den Bezirk in dieser Weise zu belasten, und will es auf die Entscheidung des Ministeriums des Innern ankommen lassen. Jedenfalls lehnt er eine freie Vereinbarung mit der Stadtgemeinde Dresden ab. Der Bezirksausschuß vertritt die Auffassung, daß sich die Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrats Groß-Dresden im großen und ganzen nur auf die Stadt Dresden erstreckt hat. Viele Gemeinden hätten ihre eigenen Arbeiter- und Soldatenräte. Dann wird aber auch die Verteilung der Lasten nach der Einwohnerzahl als ein ungerechter Maßstab bezeichnet. Im übrigen ist man aber der Meinung, daß die Bildung der Arbeiter- und Soldatenräte im Interesse des Staates gelegen habe, weshalb das Finanzministerium, was es zur Zeit noch ablehnt, der Volkskammer einen Antrag auf Uebernahme der Kosten für die Arbeiter- und Soldatenräte auf den Staat unterbreiten sollte.

Die rote Fahne auf dem Schloß beseitigt. Auf dem kleinen Turme des Residenzschlosses ist seit einiger Zeit die rote Fahne verschwunden. Das Kriegsministerium hat den Arbeiterrat, der seinen Sitz noch in einer Anzahl Zimmer des ersten Stockwerks im Residenzschlosse hat, veranlaßt, die rote Fahne einzuziehen, weil die Nationalversammlung einen Beschluß über die neue Reichsfahne gefaßt hat.

Hausangestellte. Aufwartungen. Wasch- und Scheuerfrauen. Oeffentliche Versammlung heute Donnerstag, abends 8½ Uhr, im Künstlerhaus, Grunaer Straße. Die Dresdner Hausfrauen lehnen die Schließung eines zeitgemäßen Arbeitsvertrages ab. Die Genossinnen, wie überhaupt Arbeitereltern werden auf die Versammlung aufmerksam gemacht.

Vorträge. Sonntag den 20. Juli spricht Herr Pfarrer Schlaubraff-Haiger im Vereinshaus über das Recht der freien Liebe. — Am 19., 20. und 21. Juli, abends 7 Uhr, finden in der 21. Bezirksschule, Freiberger Platz 25/27, drei Vorträge statt über: 1. Wie verhüten wir Hungertod ohne ausländische Hilfe; 2. Bodenreform und Vegetarismus; 3. Gesundheit, Sittlichkeit und Lebenskunst.

Arbeiter-Samariter-Kolonne Dresden. Sonntag den 20. Juli, nachmittags 2½ Uhr, Sommerübung bei Onkel-Toms-Hütte. Gäste sind willkommen.

Richtigstellung. Herr Kurt Hauptvogel, Dresden-Wölfnitz, Rutowskystraße 2, ist mit dem im Polizeibericht vom 14. Juli genannten Schlosser Kurt Hauptvogel nicht identisch.

Vermischte Nachrichten. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich Mittwoch vormittag in der elften Stunde auf der Hamburger Straße. Der sechs Jahre alte Knabe Felix Aehlig, dessen Eltern in der Blumenstraße wohnhaft sind, wurde von einem in schneller Fahrt daherkommenden Kraftwagen überfahren. — Aus einer Niederlage an der Riesaer Straße stahlen Einbrecher in der Zeit vom 7. bis 10. Juli eine größere Menge Lebensmittel. — Bei einem Bodenkammereinbruch in einem Grundstück auf der Anton-Graff-Straße fiel den Dieben ein größerer Posten Leib-, Bett- und Tischwäsche in die Hände. — 100 Zentner Kohlen wurden einem Kohlenhändler in Geising von einem Waggon mit Kohlen gestohlen. Die Diebe waren Einwohner, die die Kohlen in kleineren Posten von dem Waggon weggeholt hatten.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Hausangestellten im Kampf um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen.

In zwei langwierigen Beratungen zwischen den Interessenvertretungen der Hausangestellten und dem Dresdener Hausfrauenvereinen war es gelungen, beide Parteien auf einen normalen Arbeitsvertrag zu verständigen, wie er heute schon in einer größeren Anzahl Orten Deutschlands besteht. Die Vertreterin des Zentralverbandes der Hausangestellten, als der größten Organisation, hat dabei manche Konzessionen gemacht, um zu einem Resultat zu kommen. Die Friedensliebe scheint jedoch weniger vorhanden zu sein bei den hiesigen „christlichen" Hausfrauenvereinen. In der 3. Verhandlung, die als Schluß die Erledigung des Lohntarifes bringen sollte, wurde von den Hausfrauen von neuem Beratung und Beschlußfassung der wichtigsten Punkte des bereits erledigten Vertrages gefordert. Aus „christlichen" Erwägungen heraus bemühten sich die Hausdamen unter Führung der Gräfin Dohna um eine Hinausschiebung des Arbeitsschlusses von 8 auf 9 Uhr abends, Einengung der völlig freien Sonntage, Beschränkung der Ausgehezeit für 17 bis 21jährige, Freistellung vom Zwange, während der Ferien Lohn und ortsübliches Kostgeld zu zahlen, usw. Die meist feudalen Kreisen angehörenden Damen zogen alle Register, um von ihrem häuslichen Absolutismus zu retten, was zu retten ist — selbstverständlich nur aus besonders „mütterlicher" Fürsorge für die Hausangestellten. Eine der adligen Damen erwähnte mit besonderem Stolz, daß sie Hausangestellte mit 6- und 12jähriger Dienstzeit habe, die während der Ferienzeit noch niemals Kostgeld beansprucht hätten. In skandalöser Weise wurde den konservativen Damen von zwei Vertreterinnen des Katholischen Hausangestelltenverbandes sekundiert. Brachte es doch ein Berliner Fräulein dieser Auchorganisation fertig, mit Rücksicht auf das „Familienleben" Verlängerung der Arbeitszeit für die geplagten Hausangestellten von 8 auf 9 Uhr abends zu fordern und dabei auf die „Christenpflicht" der Angestellten gegenüber der „Herrschaft" hinzuweisen. Bei diesem reaktionären Verhalten der meisten Hausfrauen war an ein ersprießliches Ende der Beratungen nicht zu denken; die Verhandlungen wurden daher abgebrochen. Die Dresdner Hausfrauenvereine ziehen also den Kampf einem gütlichen Ausgleich vor. Die Hausangestellten werden die richtige Antwort darauf finden.

Arbeiter, führt eure Kinder dem Zentralverband der Hausangestellten zu. Anmeldungen nehmen entgegen: Frau Weise, Dresden, Reinickstraße 10, und das Arbeitersekretariat, Ritzenbergstraße 4, I.

Regelung der Arbeitsverhältnisse der Angestellten in den Reichsministerien.

Unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Bauer und in Anwesenheit der Reichsminister Erzberger, Schlicke und Schmidt wurde am Sonnabend den 12. Juli im Schloß in Weimar mit den Vertretern der zirka 5000 Angestellten der Reichsministerien eine Regelung der Anstellungsverhältnisse vereinbart. Die Vertretung der Interessen der Angestellten befand sich in den Händen der Herren Dr. Rebhammer, Dr. Eppenstein, Hillmann und Heurich und Frl. Kortum. Die Angestellten der Reichsministerien (nicht beamtete wissenschaftliche, technische und kaufmännische Referenten, Hilfsarbeiter, Bureau- und Kanzleiangestellte usw.) haben, nachdem bereits seit Dezember vorigen Jahres in den einzelnen Ministerien Verhandlungen stattgefunden hatten, im März nochmals durch ihren Arbeitsausschuß eine gemeinsame Forderung bei dem Reichsfinanzministerium eingereicht. Die langwierigen Verhandlungen haben nunmehr einen beide Teile befriedigenden Abschluß gefunden.

Leben · Wissen · Kunst.

Vorträge.

Ueber graphische Techniken hielt Prof. Paul Herrmann in der Kunstausstellung Dresden 1919 einen fesselnden Vortrag. Wie bei aller Kunst macht auch in der graphischen die Klarheit und Stärke des Gefühlsausdruckes den Wert des Kunstwerkes aus. Die Zeichnung fesselt nun besonders durch den Reiz der Ursprünglichkeit. Durch das Fehlen der Farbe reißt sich die Graphik von der Wirklichkeit los und vermag, dank ihrer besonderen Mittel, vieles auszudrücken, was die Malerei nicht kann. Sie muß deshalb als vollständig selbständige Kunst gewertet werden. Sie arbeitet mit Linien und Tönungen und wir unterscheiden danach die Linienzeichnung und die Tonzeichnung. Sehr unterrichtend waren die zeichnerischen Demonstrationen des Vortragenden über andeutungsweises Zeichnen, über wagrechte und schräge Schraffierung usw., aus denen sich ergab, daß schon durch eine geschickte Ausnützung der technischen Mittel allein die Wirkung der Komposition vertieft werden kann. Drei Hauptgruppen der Technik sind zu unterscheiden: Hochdruck, Tiefdruck und Flachdruck! Die ursprüngliche Form des Hochdrucks ist der Holzschnitt, bei welchem Verfahren die Zeichnung auf Holz übertragen und so herausgeschnitten wird, daß das, was gedruckt werden soll, hoch stehen bleibt. Im Gegensatz dazu repräsentiert der Kupferdruck das Tiefdruckverfahren, bei welchem die Zeichnung vertieft wird, aus der dann das aufgelegte Druckblatt den eingelassenen Farbstoff aufsaugt. Beim Flachdruck, z. B. bei der Steinzeichnung, wird die Zeichnung weder vertieft noch erhöht, sondern die Fläche wird nur durch entsprechende technische Verfahren an den Druckstellen für die Aufnahme von Farbstoff empfindlich gemacht. Im weiteren schilderte der Vortragende noch die technischen Verfahren der Radierung, Aquatinta, Schabkunst usw. Man erhielt dadurch einen Einblick in die reichen Mittel der graphischen Kunst, der es verstehen ließ, wenn der Vortragende zum Schluß meinte: Ein Künstler, der alle diese Techniken beherrsche, sei imstande, die ganze Skala der Empfindungen mit diesen Mitteln zum Ausdruck zu bringen. ms.

Dresdner Kalender.

Zentraltheater. Als nächste Neuheit wird die Satire Der heilige Florian von Max Neal und Philipp Weichand vorbereitet. Die Erstaufführung findet Donnerstag den 24. Juli statt.

Theater am 18. Juli. Residenztheater: Hanni geht tanzen (7½). — Zentraltheater: Die Rutschbahn (7).

Valerie Kratina tanzt am nächsten Montag 8 Uhr im Kurhaus Weißer Hirsch nach Kompositionen von Mozart, Gluck, Reger, Brahms, Strauß, Chopin und Grétry. Johanna Thamm begleitet.

Kleine Mitteilungen.

Die Gemäldesammlung des ehemaligen Großherzogs von Oldenburg wird, da der Staat die Uebernahme für fünf Millionen Mark abgelehnt hat, jetzt zum Verkauf gestellt. Es sind bereits Kaufliebhaber aufgetreten. Die Sammlung geht wahrscheinlich in die Hände amerikanischer Finanzleute über.

Sportkartell.

Sportfestausschuß. Freitag abend 7 Uhr Sitzung in der Frisch-auf-Schänke.

Arbeiterturnerbund. Nach den Veröffentlichungen in den Dresdner Tageszeitungen findet am 3. August ein Militärsportfest an der Lennéstraße statt. Dazu sollen sich Herren der Deutschen Turnerschaft, der Arbeiterturnerschaft und der Leichtathletik zur Verfügung gestellt haben. Wir erklären hierzu, daß die Arbeiterturnerschaft bei diesem Feste nicht mitwirkt.

R. Kurt, Bezirksturnwart.

Athleten. 22. Juli, abends 7 Uhr, Sitzung der Wettstreitkommission im Volkshaus. Zum Wettstreit am 17. August im Keglergarten werden im Dreikampf folgende Uebungen gehoben: beidarmig reißen, beidarmig stoßen, zweiarmig stoßen. Die Teilnehmer müssen bis 8. August beim Sportgenossen Max Diener, Dresden-A., Johann-Meyer-Straße 32, II, gemeldet sein. Startgeld: Heben oder Ringen 3 Mark. — Sportklub Hektor: Die Teilnehmer zur Sommerparty müssen bis 19. Juli angemeldet sein. — Kreisdelegiertensitzung am 10. August. Jeder Verein hat zwei, die auswärtigen Vereine einen Delegierten zu entsenden. Sitzungslokal: Restaurant Zum Grundstein, Leisniger Straße 12.

2. Klasse 175. Landeslotterie

1. Ziehung am 16. Juli 1919.

40 000 M. auf Nr. 90081 (Kunz u. Uhlig, Chemnitz i. S.)
3000 M. auf Nr. 58097 96250.
2000 M. auf Nr. 2606 18334 25785 47408 61443 99242.
1000 M. auf Nr. 14741 21065 21180 36808 42082 46[illegible] 51090 56545.
500 M. auf Nr. 7833 16836 27891 31093 44936 54577 60[illegible] 63752 66840 67807 68090 69428 76341 80913 81153 84586 86[illegible] 91401 91728 97781 100099 100440 105145 105800 106356 106[illegible]
250 M. auf Nr. 240 621 861 1028 3154 3270 3504 3678 [illegible] 4150 4206 6102 6283 8410 9163 11268 11351 11927 12005 [illegible] 13425 14073 16513 16823 16748 16854 17040 18788 19003 [illegible] 19323 19129 20683 22075 24120 24570 26016 27156 28400 [illegible] 32063 32758 33189 33470 33513 34725 36203 39518 39630 [illegible] 40576 41480 42228 42510 43004 43725 44708 45602 48336 [illegible] 49857 53020 53072 55740 57097 58031 61517 63148 63717 [illegible] 65482 66129 67767 68258 68401 69501 70028 70070 71411 [illegible] 73422 73718 74946 76598 77053 80021 82014 82170 83256 [illegible] 89583 91109 92181 94024 94479 94501 95080 96051 98216 [illegible] 100036 101132 102279 103233 104084 105278 105939 106[illegible] 106127 107016 109180.

Telephon 14380 Tymians Thalia Theater Görlitzer Str. 6 Anfang 7½ Uhr Görlitzer Str. 6 Täglich Sonntags nur 7½ Uhr Vorzugskarten vorläufig keine Gültigkeit.

Gelesene Nummern der Volkszeitung bitten wir nicht wegzuwerfen, sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, für sein Parteiblatt zu werben.

Kammer-Lichtspiele

Wilsdruffer Straße 29

Ab Donnerstag:

Erborgtes Glück

Ein tiefergreifendes Schauspiel.

4 Akte.

In der Hauptrolle:

Alexander Moissi

Wenn drei eine lieben . .

Lustspiel in 2 Akten. [s179

Lichtspiele „Weltend-Theater"

Dresden-Löbtau, Kesselsdorfer Str. 20. Fernruf 18 647.

Spielplan ab Freitag den 18. bis Montag den 21. Juli:

Kain II. Teil

Eine Schicksalstragödie in 5 Akten.
In der Hauptrolle: **Erich Kaiser-Titz.**

Ferner:

Die Liebe durch den Kamin.

Reizendes Lustspiel in 2 Akten. [s148

Voranzeige: Ab Freitag den 25. Juli: **Kain III. Teil.**

MUSENHALLE

Dresd. Löbtau, Kesselsdorfer Str. 17. Straßenbahnlinien 7, 13, 21.

Täglich 7½ Uhr: Das neue Programm!

Eheliche Seitensprünge. Schwank in 3 Akten. Neu für hier!

Freitag abend 7 Uhr: **Großes Doppel-Konzert des Gesangverein Einigkeit und des Volksorchesters.**
Nach dem Konzert: **Ball.** [s175

Sonntag: **Großes Sommerfest. Fabrikarb.-Verband.**

Königshof-Theater

Anfang 7½ Uhr. Fernsprecher 13415.

Verlorene Töchter

Lebens- und Sittenbild in 4 Akten von Otto Schmidt.
Zur Belehrung aller deutschen Mädchen und Frauen!
Personen unter 16 Jahren Zutritt verboten. [s177

SARRASANI

Heute Donnerstag abend

Die Stichkämpfe um die Preise!

Entscheidungskämpfe zwischen **Kornatz**, Weltmeister, und **Hißmann**, Westfalen, **Christensen**, dem zähen Schweden, und **Roland**, Europameister 1917, **Stolzenwald**, Rheinland und **Hansen**, Dänemark

Der Träger des ersten Preises erhält als Ehrengabe die goldene Uhr mit dreizehn Brillanten und dreizehn Rubinen im Werte von über vierhundert Mark.

[1361

TROCADERO: Wieder voll im Betrieb

Vergnügungsplatz

Dresden-Mickten. Sportplatz.

Mit Linie 15 und 10 zu erreichen.

Haases Stufenbahn im Prachtbau

Panorama, Auto-Karussell, Schießbude, Schaukel usw.

Von Sonnabend den 19. Juli täglich geöffnet. [1341

Wegen des riesigen Erfolgs um eine Woche verlängert!

Moral und Sinnlichkeit

Der größte Film aller Zeiten!

Vom Landgericht I Berlin zur Aufführung wieder **freigegeben**

Aus dem Inhalt:
Das Paradies der Sechzehnjährigen — Im Klub der Freunde — Im Klub der Freundinnen — Eine Stunde des Glücks Bei der weisen Frau — Bei den Ringkämpfern im Elysium usw.

Vaterland-Lichtspiele

Freiberger Platz 20 [1179

Das beliebteste Lichtspielhaus der Residenz

[1197

Olympia

Altmarkt

Hedda Vernon

und

Ernst Hofmann

vom Deutschen Theater, Berlin

in

Die Welt, der große Kuppler.

Schauspiel in 1 Vorspiel und 4 Akten

und das übrige Beiprogramm.

Beginn der Vorführungen: **3, 4½, 6, 7½ und 9 Uhr.**

Haus- und Küchengeräte

Glas-, Porzellan-, Steingut-, Emaille-, Aluminium-, Stahlwaren
en gros **Geschenkartikel** en détail

Kahlenberg & Hofmann

Dresden-A. Frauenstr. 5. [1182

Garten-Kaffeehaus Maximilian

Ecke Rinnstraße Moritzstraße 19 nächst Alm. Blod

Für Musikliebhaber

bietet das vornehme Künstler-Konzert

angenehme Unterhaltung.

Zur Zeit echt Leitmeritzer Böhmisch.
ff. Weine. ff. Kaffee und Gebäck.
6 Billards I. Stock 6 Billards
Martin Meißner. [1189

Zähne

ohne Platte, Deutsches Reichs-Patent 271 165. Kunstvolle Plombierungen. Zähne ziehen mit örtlicher Betäubung, besonders für nervöse und ängstliche Patienten empfehlenswert. Bestes Material. Mäßige Preise. Präzisionstechnik, Reparaturen und Umarbeitungen in wenigen Stunden.

Dent. Br. Zihang, Dent. Ad. Zonenstein

Prager Strasse 54

Teleph. 10577. Dresden-A. Fahrstuhl.

Flora-Theater

Ab 5. Juli abendlich 7½ Uhr:

Der selige Balduin.

Sonntags: 3½ und 7½ Uhr.

Bolzen-Plätten
Aufstell-Eisen
Gas-Plätten

jeder Art lieferbar. [1189

Otto Graicken

Trompeterstraße 15
Zentralheizungs-Anlagen.

Ich zahle

f. gebr. **Zahngebisse**

auch zerbr., p. Zahn 60 Pf. sowie Gold, Silber, Platin, Uhren, Ketten, auch zerbrok. Gegenstände zu höchsten Preisen. **R. Langermann,** Gr. Brüdergasse 11, I., Eing. Civeria. [1250

Prachtvoll. echt. Nußbaum-**Vertiko und Sofatisch** hochf. gr. Plüschsofa sehr schöne Kücheneinrichtung Umstände halber billig zu verk. **Lademann,** Marschallstr. 5, 2 r.

Belvedere Dresden

Ludwig Klermont
Humorist

Olly Tren — Stimmungssängerin
Konrad Scherber — Lautensänger und Ansager

Marcella Wally
Vortragskünstlerin

Lilly und Foxl — in ihrer Tiroler Szene
Metella und Partnerin — Kunstspitzentänzerinnen

Barry
der glänzende Gedankenleser
ersetzt die Gedanken der Zuschauer und setzt sie in die Tat um

Wally Winter
in ihren spaßigen Tänzen

Am Flügel **Frank Rolf** — Kapelle **Hermann Münnecke.**

Anfang 7½ Uhr.

Im unteren Saal und Garten
nachmittags und abends

Konzert mit großem Orchester

Leitung: Kapellmeister **Heinz Elber.**
Eintritt: Wochentags ab 7 Uhr 35 Pf. einschl. Steuer an Sonn- und Festtagen 50 Pf.

Vorzügliches Gebäck aus eigener Konditorei.
Weine erster Firmen. — Gute kalte und warme Küche.
Hiesige, Münchner und Pilsner Biere in vorzügl. Qualität.

Konditorei
nachmittags und abends **Künstlerkonzert.**
Kapelle **Paul Hoch.** Eintritt frei. [s768

Kaffeehaus Bielefeld

Nachmittags und abends
Künstler-Kapelle Ernst Krüger

Union-Bar, Schössergasse 6

1 Minute vom Altmarkt [1159

Altbekanntlich Großstadtbetrieb!

Walzkes Balletablissement

Straßenbahn 10 u. 15

Jeden **Freitag** und **Sonntag** im märchenhaft herrlich dekorierten Saale

Die neuesten Schlager

Tanzmarken, Herren 2 M., Damen 1 M. [s685

Weißer Adler, Kurhaus Leschwitz

Weißer Hirsch. Straßenbahnlinie 11.

Heute Donnerstag:

Der vornehme [1186

Gesellschafts-Abend.

Konzert: Anfang 6 Uhr.
Ball: Anfang 7 Uhr.
Mitgliedkarten erh. Amt Leschwitz 420

Nach Schluß Sonderwagen und Autoverkehr.

Bürgergarten, Löbtau, Löscherstraße

Straßenbahnen: 1, 13, 21.

Freitags und Sonntags: **Moderne Ballmusik**

Direktion: Oskar Müller. — Renovierter Saal.
Hochachtungsvoll **Paul Müller u. Frau.**
Verkehrslokal des Arb.-Gesch.-Bundes Gallbericht.

Reichshallen, Palmstraße 13

nahe Postplatz.

Freitags ab 6 Uhr: Sonntags ab 4 Uhr: **Großer öffentl. Ball,** Tourenstamm, Tanzmarken.

Täglich im Parterresaal: **Paul Lehmann,** der populäre Dresdner Komiker, mit seinen Damen-Burlesken-Ensemble.

Humor. Stimmung. [1180] Witz.

Freitag den 18. Juli 1919

Schusterhaus

Rosen-Damen-Ball

Tanzvereinigung Terpsichore. Mitglieder mit Gästen herzl. willkommen. [1165
Anf. 6 Uhr. Tanzkrl. D. G.

FRAUENHAARE

Kilo 20 M., kauft [s14a

H. Gellrich, Landhausstraße Nähe Pirnaischer Platz

Soz. Verein Dresden-A.

Freitag den 18. Juli, abends 7½ Uhr

Gruppen-Versammlungen

1. Gruppe: Restaurant Bayerische Krone, Neumarkt.
2. Gruppe: Restaurant Bölkel, Zöllnerstr. 35.
3. Gruppe: Adams Restaurant, Kaulbachstraße 16. Vortrag vom Genossen Georgi: Die deutsche Auswanderung im 18. und 19. Jahrhundert.
4. Gruppe: Restaurant Wilsdruffer Vorstadt, Freiberger Straße 9.
5. Gruppe: Dresdner Volkshaus, Ritzenbergstraße.
6. Gruppe: Restaurant Scholze, Schnorrstraße 62.
7. Gruppe: Restaurant zur Rollschuhbahn, Wintergarten-, Ecke Hopfgartenstraße. Vortrag. Ref.: Genosse Beiser.
8. Gruppe: Restaurant Berndt, Zwickauer Straße 81.

Tages-Ordnung:
Bericht des Vorstandes. Diskussion.
Der Vorstand.

Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen! [1419

4. Kreis, Bezirk Kötzschenbroda.

Freitag den 18. Juli, abends 8½ Uhr in der Kaiserbrauerei

Vorstandssitzung.

Das Erscheinen aller Vorstandsmitglieder ist infolge der wichtigen Tagesordnung dringend erwünscht.
[413] Die Bezirksleitung.

4. Kreis. Gruppe Pillnitz

Freitag den 18. Juli, abends 8 Uhr in Hammers Restaurant, Pillnitz

Diskussions-Abend.

Bericht von der Vorstandssitzung. — Parteiangelegenheiten. Zahlreiches Erscheinen erwartet Die Bezirksleitung.

4. Kreis. Gruppe Loschwitz

Die für Freitag den 18. Juli festgelegte

Gruppen-Sitzung

fällt aus. Nur die Gruppenleitung kommt um 8 Uhr pünktlich bei Leischke zusammen.
[418] Der Bezirksführer.

Ortsgruppe Hellerau.

Freitag den 18. Juli, abends 8 Uhr [1418

Diskussions-Abend

in der Waldschänke.
Das Rätesystem in Ungarn. Referent: Genosse Pusch.

Turnerschaft Pieschen, Fußball-Abt.

Freitag den 18. Juli, abends 9 Uhr, in Richters Restaurant, Rückertstraße:

Spieler-Sitzung.

Erscheinen aller Spieler ist Pflicht. [m 807

Arbeiter-Samariter-Kolonne Dresden und Plauenscher Grund.

Sonntag den 20. Juli, nachmittags 2½ Uhr

Große Sommerübung

auf dem Gelände des Ostra-Geheges bei Onkel Toms Hütte.
Gäste willkommen!
Freitag den 22. August beginnt im Volkshaus ein neuer Kursus. [133] Der Vorstand.

3 Vorträge

19., 20., 21. Juli, abends 7 Uhr in der Turnhalle der 21. Volksschule, Freiberger Platz 25/27.
1. Wie verhüten wir Hungersnot ohne ausländische Hilfe?
2. Bodenreform und Vegetarismus. Die deutsche Zerwirtschaft über kapitalistische und sozialistische Wirtschaftsordnung.
3. Gesundheit, Sittlichkeit und Lebensreform.
Eröffnung der Ausstellung über: „Volksernährung u. Lebenskunst" Sonnabend den 19. Juli, vorm. 11 Uhr. Eintritt frei. [b 135] Vegetarier-Verband.

Vom Baume der Erkenntnis

von Hans Alexander.

Inhalt:
Von der Liebe
Sexuelle Aufklärung.
Das Schamgefühl
Verlust der Jungfräulichkeit
Entstehung, Verhütung und Heilung von Geschlechtskrankheiten
Ausbleiben d. Menstruation
Eheliche und uneheliche Mütter
Freie Liebe und wilde Ehe
Die Hochzeitsnacht
Regeln für den ehelichen Geschlechtsverkehr
Einschränkung des Kindersegens
Ansteckung zwischen Braut- und Eheleuten
Gibt es platonische Freundschaft zwischen Mann und Weib? usw.
Inhalt zum Teil verboten gewesen, aber wieder freigegeben!

Vor und in der Ehe!

Verlobten u. Eheleuten bietet das Buch
Vom Baume d. Erkenntnis
von Hans Alexander eine Fülle
sexueller Aufklärung.
Unwissenheit ist die Ursache fast aller Frauen- und Geschlechtskrankheiten.
Preis brosch. 4.50 M., gebd. 6.— M.
portofrei gegen Voreinsendung (an Truppenteile u. postlag. nur gegen Voreinsendung) direkt vom Verlag
S. Härtel & Co., [a Leipzig, [114
Johannisgasse 30.93.
Nachnahme 50 Pf. mehr.

Freie Bahn dem Tüchtigen!

Maschinenbauer, Schlosser, Mechaniker.
Ohne Vorkenntnisse erfolgreicher Unterricht im

Maschinen-Zeichnen

u. techn. Berechnungen nach eigenem, leicht faßl. Lehrplan. Abendkursus. Beginn Anfang Aug. Nach. Montag, Mittwoch u. Freitag abds. 7–9 Uhr. Lehrlokal Stadt Rom, Neumarkt 10, 2, sowie durch O. Bauriegel, Ingenieur, Radebeul, Gartenstr. 38, I. [1 63

Auf Blatt 124 des Handelsregisters des hiesigen Gerichts ist heute die Firma „Gemeinnützige Baugesellschaft mit beschränkter Haftung für Wilsdruff" mit dem Sitze in Wilsdruff und weiter folgendes eingetragen worden:
Gegenstand des Unternehmens ist der Bau, der Erwerb und die Verwaltung von Häusern zum Vermieten oder zum Verkauf. Der Zweck der Gesellschaft ist ausschließlich darauf gerichtet, minderbemittelten Familien oder Personen gesunde und zweckmäßig eingerichtete Wohnungen zu billigen Preisen zu beschaffen. Das Stammkapital beträgt sechsunddreißigtausend Mark. Der Gesellschaftsvertrag ist am 28. Mai 1919 abgeschlossen worden.
Zu Geschäftsführern sind bestellt der Bildarbeiter Kurt Schumann und der Stadtsteuerkassierer Max Gerstenberger, beide in Wilsdruff. Die Willenserklärungen der Gesellschaft haben die Geschäftsführer unter Beifügung der Firma der Gesellschaft gemeinschaftlich zu unterzeichnen.
Aus dem Gesellschaftsvertrage wird noch bekanntgegeben:
Die Bekanntmachungen der Gesellschaft werden durch das Wilsdruffer Tageblatt und die Dresdner Volkszeitung veröffentlicht. [11
Amtsgericht Wilsdruff, am 9. Juli 1919.

Haarnetze

altbekannter Güte aus echtem Haar:
Große Haubenform, über die größte Frisur Stück 1.30 3 Stück 3.60 Dutzend 13.— M.
Große offene Form, über die größte Frisur Stück 1.25 3 Stück 3.45 Dutzend 12.50 M.
Offene Mittelgröße, über jede normale Frisur Stück 1.10 3 Stück 3.— Dutzend 11.— M.
Größere Posten entsprechend billiger. [1144
Haarmanufaktur Schunke, Wilsdruffer Str. 40, 2.

Gummiwaren

Spritzen, Spülkannen, Unterlagen, Leib- u. Monatsbinden, Frauentropfen u. Tees, sämtliche hygien. u. sanitären Artikel.
Frau Noack, jetzt Freiberger Straße 120.
Prompter Versand nach auswärts. [b 179

Vom 14. bis 19. Juli 1919 werden wir in Dresden Hotel Goldner Engel, Wilsdruffer Str. anwesend sein, um
künstliche Augen
direkt nach der Natur für unsre Patienten anzufertigen und einzusetzen. [1 296
F. Ad. Müller Söhne
Fabrikanten künstlicher Augen aus Wiesbaden

Kalkwohl

Ohne Kalk kein Herzschlag! Ohne Kalk kein Leben!
Speisewürze für jegliches Essen, ist eine Mineralsalzmischung aus der arabischen Sole des Bades Münster a. St., mit einem Gehalt von 21 g natürlichen — ionisierten — salzsauren Kalk, entsprechend 42 g kristallisierten Kalziumchlorid in 1000 g Lösung und übertrifft somit den Kalziumgehalt aller deutschen Quellen bei weitem. Kalkwohl ersetzt die Ernährung, Kalkwohl wirkt blut- und knochenbildend, daher besonders Kranken, werdenden und stillenden Müttern und schnellwachsenden Kindern zu empfehlen. Der salzsaure Kalk bringt Gesundheit und Wohlbefinden, er ist der wichtigste Stoff im menschlichen Organismus, ohne den der Mensch dahinsiechen muß. [1 291
Man verlange kostenfreie Zusendung der aufklärenden, lehrreichen Schriften D und weitere Auskunft durch
Bezirksdepot der Quellsalzlaugen von Münster a. St. für die Amtshauptmannschaften Dresden u. Pirna
Robert Schumann, Dresden-A., Borgsdorffstraße 28.

Spülapparate

Mutterspritzen, Spülkannen, Schläuche, Unterlagen, Leibbinden, Vorfallbinden, Frauentropfen „Curol", Ersatzteile, sanitäre Frauenartikel.
Frau Heusinger, Am See 37.

Ia Wiener Maßarbeit

sämtl. Herren- und Damengarderoben. Garantie für tadellosen Sitz. Umarbeiten. Wenden von Altem zu Neuem. Stoffannahme.
J. Wolf, Schneidermeister [b 1231
Pillnitzer Straße 68, 1., gegenüber der Johanneskirche.

Polstermöbel aller Art

aus eigener Werkstatt, in besten Friedensstoffen u. Materialien, äußerst sauber und solid gearbeitet, empfiehlt preiswert
Möbelgeschäft Hildebrand, Wilsdruff. [b 52

Ia Kautabak ff. Rauchtabak

laufend lieferbar, auch für Wiederverkäufer [b 1370
Tabak-Großhandlung Oelschläger, Marschallstraße 20.

Teppiche
Gardinen
Möbelstoffe
Diwandecken
Tischdecken
Steppdecken
gute Stoffqualitäten
sehr preiswert!
S. & R. Moses
Teppich-Haus
Prager Straße 22 [1172

100 000 Stück echte Schweizer Stumpen eingetroffen. Originalkisten 10 Stück 5.50 M., gebe auch größere Posten ab. Marke Flora Gravis-Brasil, rein Ueberseetabak. Gr. Auswahl in Zigarren, Zigaretten, Tabak, Rauch- u. Kautabak. Zigarrengeschäft, Kamptner Straße 4 (Neumarkt). [b 149

Schlafzimmer

mod. gestr. M. 850.
Max Jaffé Söhne
Marschallstr. 34.

Frauen

nehmen Menstr.-Tropfen „Agnes-Hart", Nachn. 5 M. C. J. Roß, Leipzig, Unt. Münsterstr. 21. [a

Gummiwaren

Wilhelm Heusinger
Am See 37

Kieserleinwand billig zu verkaufen Bauer, Kaiserstraße 17. [b 1386

Schwarzer Gehrockanzug, dr. Jackettanzug u. dr. Sommerüberzieher zu verk. Dresden 22, Zwickauer Str. 93, 3. l. [m 124

Küchen, mod.

komplett M. 380.
Max Jaffé Söhne
Marschallstr. 31.

Plüschsofas

Chaiselongue
verkauft billigst
Max Jaffé Söhne
Marschallstr. 34.

Perfekte Tischler

auf Weißmöbel werden angenommen. [b 1361
Küchenmöbelfabrik
E. Moritz Schönhoff, Marienhof 1. 8a.

Lohnend. Nebenverdienst durch Vertrieb neu. revolution. Karten. Oederan i. S., Schließfach 13. [b 1301

Tüchtiger Holzmaler

sofort gesucht.
Gerischer & Kunze, Möbelfabrik, Dresden-Reick, Hülßestr. 15. [1116

Tischler

sofort gesucht. [m 128
Doll u. Komp., Radeberg.

Leiterwagen

v. ¾–6 Ztr. v. 36 M. an jed. Tag von 1½–6 Uhr verk. Auf. Sonntags v. 8–12 Uhr. Kaditz, Leipziger Str. 206, im Hof links. [b 1132

Stuhlflechterei wieder eröffnet. Wittler, Rehefelder Str. 34

In freien Stunden

Wochenschrift für Arbeiterfamilien
Volksbuchhandlung.
Wöchentlich 1 Heft für 20 Pf.

Zwei aktuelle Bücher! Verboten gewesen!

Ein Günstling des Kaisers.

Nach Mitteilungen und den Akten des Geheimen Zivilkabinetts des Kaisers. 96 Seiten stark 3.50 M.

Das Geheimleben des Berliner Hofes.

Das Privatleben Kaiser Wilhelms II. und seiner Gemahlin. Aus den Papieren und Aufzeichnungen einer Hofdame der Kaiserin. 152 Seiten stark 3.50 M. [114
Gegen Voreinsendung (Postscheckkonto 51 441 Berlin) oder unter Nachnahme zuzüglich 30 Pf. Porto zu beziehen von
Verlag Harrichsen & Beppe, Berlin SW 68, Markgrafenstr. 21.

Schirm-Näherinnen

gut geübte, für dauernde, lohnende Arbeit außer dem Hause sucht
Dresdner Schirmfabrik, C. A. Petschke. [b 1861

Werkmeister

gelernter Schlosser aus der Werkzeug-Maschinen-Branche, sucht Stellung als solcher, eventl. auch in Kalkulations-Bureau oder dergl. Angebote unter E. D. 12 an die Expedition dieses Blattes erbeten. [b 1638

Wir suchen zu den Kleinwohnungsbauten Gebendörfchen

tüchtige Maurer.

Simon & Co., Hamburger Straße 7. [1379

Tüchtige gelernte

Werkzeugschlosser

mit langjähriger Praxis für Schnitt- und Stanzenbau werden angenommen. [1145
Sachsenwerk, Niedersedlitz.

Einige tüchtige

Maschinenformer

sofort gesucht.
A.-G. vorm. Seidel & Naumann, Dresden, Abteilung Heidenau. [1147

Perfekte Luxus-Kartonnagenarbeiterinnen

sofort gesucht. [1107
Paul E. Fuchs, Zöllnerstraße 37.

Erfahrene, gelernte

Spitzen- u. Karusselldreher

sofort gesucht.
SACHSENWERK
Niedersedlitz. [1140

Ein Werkmeister und ein Laborant

zum sofortigen Antritt v. Chemischer Fabrik, Nähe Dresden gesucht. Gefl. Offerten unt. P. W. an die Exp. dieses Blattes.

Schlossermeister

der befähigt ist, einer größeren Anzahl Leute vorzustehen und die nötige Erfahrung im modernen Serienbau von Werkzeugmaschinen hat, von größerer Maschinenfabrik gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften, Gehaltsansprüchen unter N. V. 088 Invalidendank, Dresden erbeten. [1268

Kastenmacher und Kastenhelfer

(gelernte Stellmacher)
auf Karosserie- und Wagenbau bei hohen Stundenlöhnen gesucht. Ludwig Katne & Sohn, Halle a. S.
[250] Fahrzeug- und Karosseriefabrik.

Aeltere Witwe sucht Wohnung

von 2 Stuben, 1 oder 2 Kammern, Küche und Zubehör in Vorort oder auf dem Lande. Offerten erbeten an Volksbuchhandlung Fleck, Kötzschenbroda. [m 98

Dentist Pomp,

Annenstraße 10
verreist bis 10. August.

Montag d. 14. 7. früh ist vom Hause Wilder-Mann-Str. 40, zwischen Platanen- u. Bergsborstr. d. Find. d. Uhr m. Kette gefch. worden. Teile d. Find. die Adresse freiw. mit. unt. K. N. 147 a. d. Geschäftsst. d. Bl. so habe ich den Wert als Finderlohn — da mir die Uhr nur anvertr. — u. außerd. dauernd Lebensm.

So sind uns von sehr vielen Seiten Beweise der Liebe und Achtung anläßlich unserer

Silbernen Hochzeit

zugegangen, so daß es unmöglich ist, jedem einzelnen zu danken; weshalb wir hierdurch der Ortsgruppe der Sozialdemokratischen Partei Großerkmannsdorf sowie der Zahlstelle Radeberg des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und allen Nachbarn, Verwandten, Bekannten und Kollegen unsern herzlichsten, innigsten Dank zum Ausdruck bringen.
Großerkmannsdorf, am 18. Juli 1919.
m 1824] Karl Reichelt, Brauer, und Frau.

Am Dienstag abend verschied nach langem, schwerem Leiden meine liebe Frau, unsre gute Mutter, Schwester und Schwägerin

Frau Ida Hausmann

geb. Richter

im 21. Lebensjahre.
Dresden-Neustadt, den 17. Juli 1919. [b 1945
Dies zeigen tiefbetrübt mit der Bitte um stille Teilnahme an Arier Hausmann und Kinder.
Die Beerdigung findet Sonnabend den 19. Juli, mittags 12 Uhr, von der Halle des St.-Pauli-Friedhofs aus statt.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht daß am 15. Juli, nachmittags 2 Uhr, meine liebe Frau, unsre gute Mutter

Frau Marie Minkapost geb. Richter

sanft entschlafen ist.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Freitag den 18. Juli, nachmittags 3 Uhr, auf dem Weixdorfer Friedhof statt. [b 1961

Innungskrankenkasse der Fuhrherren-Innung zu Dresden.
Einladung
zur außerordentl. Ausschußsitzung
Sonnabend den 26. Juli 1919 abends 7 Uhr
im Restaurant „Zum Löwen" Kellerei Am Markt Nr. 1.
Tagesordnung:
Beschlußfassung über Auflösung der Kasse bzw. Erneuerung der Vorstände.
[b 1825] Der Ausschußvorstand. E. Seifert, Vors.

Kasten- u. Leiterw.

[illegible]
gute Schmiede- und Stellmacherarbeit.
Ganz solide Sache.
Klappsportwagen
Kinderwagen
billig zu verk.
K. Dittrich
Dresden-A.
[illegible]
Größtes Spezialhaus dieser Art

Gummiwaren

Spülkannen, Mutterspritzen, alle Frauenartikel.
Sanitätshaus Bietzsch
[illegible]

Einkoch-Apparate

mit Einsatz u. Zubehör für 6 Gläser von 22.— M.
Einkoch-Gläser
mundgeblasen, sehr preisw.
Otto Graichen
Trompeterstraße 15
Zentraltheater-Passage.

Kücheneinrichtung

Mädchen, Stühle, Schränke, Betten, Spiegel u. Bilder b. Otto Zehme, Gerichtshöhe 18. [b 1513

Haut- und Harnleiden

der Männer u. Frauen beh. Wärig, Freiberger Str. 60, 1. (nahe Carolahaus). Sprechzeit: 1–5 Uhr, abends 6–8 Uhr, Sonntags 10–12 Uhr. Billige Preise. Generalarzt Dr. St. [b 18

Garantiert reiner

Rauchtabak

sowie erstklassiger, reiner

Kautabak

frisch eingetroffen im Zigarrenhaus Uhlemann, Dresden-A., Ostraallee 4. Geöffnet von 8–6 Uhr ununterbrochen, Sonntags geschl. [b 3

Annähfüße

pr. Baumwolle.
Annähen auf einer Spezialmaschine gratis.
H. Richter
eigene Strumpffabrik
Rosenstraße 47
Ecke Ammonstraße.
Linien 26, 22, 15, 7, 18.

Wohnungen [b 179
richtet preiswert ein. Max Fischer, Kaufhofstraße 5.

Bettwäsche

Gardinen, Stores, Tafeltuch, Mantelkleid, grau 65.— M., Blusen, Kinderkleidchen billig abzugeben (Woche u. 12 Uhr ab) Saalhausener Str. 6, part. links.

Damen-Covercoat

Bettwäsche, Seidenkleid, Gardinen, Stores, Tisch- u. Diwandecken, Kostüm verkauft Englig, Altmarkt 19, I. Etage (Alte Kunsthalle). [b 1864

Damen

können sich an einer Dienstag und Sonnabend stattfindenden Tanzstunde für Anfänger zu sehr ermäßigtem Preise, erste Lektion frei, beteiligen. Werte Off. u. M. L. 13 a. d. Exp. d. Bl. erb.

Voile, weiß,

Mtr. 12–30 M., [illegible] Frau Wilhelm, [illegible]

Hautjucken, Krätze sichere und schnelle Hilfe durch
Biltz' Perusalbe
Dose 3.30 M.
Versand: Grüne Apotheke, Erfurt 18.

Mutterspritzen

alle Spülapparate, Frauenartikel. Versandhaus
8 Freiberger Platz 8
Damenbedienung — [illegible]

Reiner Rauchtabak (Tabak o. Rippe), Blätterware (a. 100 St. a. Probe), Pfeifentabak, Zigarren [illegible] Pirna, [illegible] Str. [illegible]

Engl. Franz. Span. Abends in Kursen und Einzelunterricht [illegible] Monat 4–8 M.

Zornd. [illegible] Maternistrasse 18. [b 18

Achtung!

Fußballschuhe

werden nach Maß angefertigt Otto Nitzsche, [illegible]

Damen-Prospekt Nr. 21 Herren-Prospekt Nr. 22
verschlossen und frei versendet Thomas-Versandhaus Leipzig 34, Thomasgasse 1. [1114

2 Militärmäntel
2 Ulster verkauft
Wendo, Mathildenstr. 30, I.